INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 1
24. September

1. Jahrgang
1921

Zentralversand: Berlin C 54, Rosenthaler Strasse 38 :: Briefadresse: Hugo Eberlein, Berlin C 54, Rosenthaler Strasse 38 für Inprekorr :: Telegramm-Adresse: Inprekorr :: Telephon: Amt Norden, Nr. 9541-42 4239 9682

Die Internationale Pressekorrespondenz will ein treues Bild der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse aller Länder bieten, die wichtigsten Erscheinungen des proletarischen Klassenkampfes darstellen, den Stand und die Fortschritte unserer Bewegung aufzeigen, ferner die für die Oeffentlichkeit bestimmten Mitteilungen des Exekutivkomitees der Komm. Internationale vermitteln. Die Beiträge für die Korrespondenz sollen die führenden, federgewandten Genossen aus allen Ländern liefern, die ihre Arbeit in engster Gemeinschaft mit ihrer Partei leisten. Durch die Vermittlung einer möglichst genauen Kenntnis der Verhältnisse der einzelnen Länder, sowie durch das internationale Zusammenwirken bei dieser Arbeit, soll das Band zwischen den einzelnen Parteien enger geschlossen und die Kooperation erleichtert werden.

Die Redaktion.

Politik

Hände weg von Sowjet-Russland!

Von Ernst Meyer (Berlin).

Das als blutrünstig und terroristisch verschriene Sowjetrußland hat sich wie kein anderer Staat immer wieder bemüht, mit den ausländischen Staaten in Frieden und Freundschaft zu leben. Nach der Oktoberrevolution 1918 setzte sofort von den bisherigen Verbündeten des zaristischen Rußland ein scharfer Kampf gegen Sowjetrußland ein. Immer wieder haben die Imperialisten aller Länder zum Kriege gegen Sowjetrußland gehetzt und alle konterrevolutionären Generäle mit Geld, Waffen und Offizieren unterstützt. Sowjetrußland, das am Beginn seiner Existenz keine Armee besaß, war daher gezwungen, sich eine Rote Armee zu schaffen. Aber auch diese Rote Armee diente nur der Verteidigung Sowjetrußlands. Und Sowjetrußland wäre nur zu froh gewesen, wenn seine konterrevolutionären Gegner im In- und Auslande ihm erlaubt hätten, diese Rote Armee ab-, statt aufzubauen und sich dem wirtschaftlichen Aufbau zu widmen. Im Frühjahr 1920 war ein Teil der Armee bereits zu Arbeitstrupps umgewandelt worden. Da zwang im Sommer 1920 der frivole Angriff Polens auf Geheiß Frankreichs Sowjetrußland von neuem, sich mit Waffengewalt zu wehren.

In den Sommertagen 1920 wurde es deutlich, daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt begriffen hatte, was der Sturz der Sowjetregierung für sie selbst bedeute. In einzelnen Ländern trat das Proletariat spontan den Machthabern des eigenen Landes, die gegen Sowjetrußland konspirierten, entgegen. In England war die Bewegung „Hände weg von Rußland“ am stärksten. Rußland konnte jetzt trotz des für Polen günstigen Friedensabschlusses energischer an den Wiederaufbau gehen und es scheute sich auch nicht, neue Wege einzuschlagen, die es selbst dem kapitalistischen Auslande möglich machten, mit Sowjetrußland auf der Basis kapitalistischen Warenaustausches in Beziehungen zu treten.

Die Naturkatastrophe mit dem Hunger in Gefolge ermutigt nun die lauernden Feinde, zu einem neuen Schlage gegen Sowjetrußland auszuholen. Frankreich kann es nicht verschmerzen, daß es die Renten der an die Zarenregierung verliehenen Kapitalien nicht in alle Ewigkeit beziehen soll. Es wühlt immer wieder gegen Rußland, und in frivolem Zynismus weist es seine Vasallen, Polen und Rumänien, darauf hin, die schwierige Lage Rußlands auszunutzen und dessen hungernden Arbeitern und Bauern den Todesstoß zu versetzen. Frankreich, dessen bürgerliche Regierung innerhalb der Entente in den letzten Monaten manche politische Niederlage erlitten hat, will damit zugleich sein Prestige heben. Es findet in Polen wiederum ein willfähriges Werkzeug. Polen, dem durch den Einspruch Englands nur ein Teil Oberschlesiens zufallen sollte, und dessen wirtschaftlichen und finanziellen Verhätnisse so zerrüttet sind, daß jedes Abenteuer ihm als ein Ausweg aus den eigenen Schwierigkeiten erscheint, bietet sich nur zu gern erneut als Söldner Frankreichs an. Gibt es im westlichen Oberschlesien nicht genug Erfolge, so lockt vielleicht im Kampf gegen das östliche Rußland ein Erfolg! Auch Rumänien, das sich unter dem letzten Hohenzollern als Hort der Konterrevolution fühlt, rüstet gegen Rußland. Horthy-Ungarn sieht diesem Treiben wohlwollend zu und hält sich bereit, im günstigen Augenblick sein von Arbeiterblut beflecktes Schwert gegen Rußland zu schwingen.

England fühlt sich noch immer bedroht durch das Umsichgreifen der bolschewistischen Ideen in Asien und die Freiheitsbestrebungen der vom britischen Imperialismus geknechteten Kolonialvölker. Zwar hat England kein Material über die angeblichen Eingriffe Sowjetrußlands in seine eigenen Interessensphären. Daher muß der englischen Regierung in einer offiziellen Note der dritte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale als Handhabe dienen, um das Vorgehen gegen Sowjetrußland zu begründen. Aber der Haß der englischen Bourgeoisie, wenn er sich auch in die wohlgepflegten Formen diplomatischer Noten kleidet, ist mächtig und scheint diesmal die Neutralität auch nach außen hin in eine deutliche Stellungnahme gegen Sowjetrußland zu verwandeln.

Das bürgerlich-republikanische Deutschland hat mit seiner antibolschewistischen Politik kläglich genug Schiffbruch gelitten, so daß es diesmal, wie schon im Sommer 1920 sich wieder auf den formellen Neutralitätsstandpunkt stellen will. Aber die reaktionären Kreise Deutschlands, die schon wiederholt selbständig in den Kampf gegen Sowjetrußland eingriffen, werden nur allzugern ihre Söldnerscharen, ihre Baltikumer und Freikorps, zur Verfügung stellen. Schon im Winter ließ Ludendorff durch seine Vertrauensleute der Entente einen Plan zur Niederwerfung Rußlands unterbreiten. Jetzt hat Ludendorff in höchsteigener Person sich herabgelassen, einem Journalisten des „Erzfeindes“ (dem Pariser „Matin“), erneut die Notwendigkeit der militärischen Niederknüppelung Sowjetrußlands zu entwickeln.

So rührt sich in der ganzen Welt die bürgerliche Konterrevolution. Absatzstockung, Produktionseinschränkung, Arbeitslosigkeit, Preisteuerung und alle anderen

sozialen Nachwirkungen des kapitalistischen Produktions- und bürgerlichen Herrschaftssystems sollen vor den Augen der Arbeiterschaft verschleiert werden durch eine neue Welle antibolschewistischer Hetze und durch einen neuen Krieg gegen Sowjetrußland. Die Arbeiterschaft wird diesen Plan erkennen. Sie darf nicht vergessen, daß Rußland der Hort der Weltrevolution ist. Auf den Fall Sowjetrußlands würde automatisch die Niederwerfung aller Freiheitsbestrebungen der Arbeiterschaft aller Länder, würde Verlängerung der Arbeitszeit, größere Ausbeutung, politische Knebelung folgen. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt muß daher geeint zur Abwehr bereitstehen und den Zettelungen der internationalen Bourgeoisie entgegensetzen den einheitlichen Willen des Weltproletariats:

Hände weg von Rußland!

———

Deutschland:

Der Görlitzer Parteitag der SPD.

Von V. Gz.

Der Görlitzer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie eröffnet einen neuen Abschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Und zwar ist es ein Beschluß, der ihm diese Bedeutung verleiht, ein Beschluß, der nach der Aeußerung eines oppositionellen Delegierten in Görlitz dem ganzen Parteitag seinen Stempel aufdrückte: der Beschluß nämlich, offen mit der deutschen Volkspartei, der Partei der Schwerindustrie, der Stinnes und Konsorten zusammen zu gehen und eine Regierung zu bilden.

Ein Jahr lang haben die Führer der deutschen Sozialdemokratie bei allen Mächten des Himmels und der Erde geschworen, nie in eine Regierung mit der monarchistischen Volkspartei einzutreten. Sie haben Beschlüsse gefaßt, sie haben Resolutionen annehmen lassen, die eine Gemeinschaft mit der Stinnespartei verboten. Sie haben es noch vor einigen Monaten abgelehnt, in die preußische Landesregierung einzutreten, weil sie nicht mit der Deutschen Volkspartei in einem Kabinett zusammensitzen wollten.

Jetzt haben die Führer der Sozialdemokratie auch diesen Schritt getan. Die Sozialdemokratie hat dadurch eine Entwicklung abgeschlossen, die am 4. August 1914 begann. Während der ganzen 2¾ Jahre seit dem Ausbruch der deutschen Revolution war die Sozialdemokratie bestrebt, die Revolution zu liquidieren, die Auseinandersetzungen zwischen den Klassen in „gesetzliche" parlamentarische Bahnen zu lenken. Dies drückte sich darin aus, daß die sozialdemokratischen Führer jeder Bewegung des Proletariats in den Rücken fielen und sie niederschlagen halfen. Dies drückte sich ebenso darin aus, daß sie jede revolutionäre Lösung der außenpolitischen Konflikte bekämpften und die Wiederaufrichtung der durch den Krieg zerrütteten Wirtschaft den kapitalistischen Mächten überließen. Sie haben das Ultimatum unterzeichnet, den Pakt zwischen den Ententeimperialisten und der deutschen Bourgeoisie gebilligt und dieser eine Galgenfrist zugeschanzt. Dieser Politik haben die Sozialdemokraten nun die Krone aufgesetzt, indem sie sich bereit erklärten, ein Bündnis mit der Partei, die das Rückgrat der deutschen Gegenrevolution bildet, zu schließen.

Diese Entwicklung wird schon dadurch äußerlich dokumentiert, daß die sozialdemokratischen Führer es für nötig befanden, den letzten Ballast an sozialistischen Phrasen über Bord zu werfen und in Görlitz ein Programm anzunehmen, daß jeder Reminiszenz an den Marxismus entbehrt und selbst das Wort „Proletariat" bzw. „Arbeiterklasse" ängstlich vermeidet. Nur das Wort „Klassenkampf" wurde infolge der Mißstimmung unter den Mitgliedermassen in den Programmentwurf aufgenommen, aber nur, indem man den Klassenkampf aus einer politischen zu einer moralischen Angelegenheit machte und ihn als eine „sittliche Forderung" proklamierte.

*

Aber der neueste Streich der SPD.-Führer spielt sich in einer ganz anderen Umgebung ab als ihre bisherigen Verrätereien. Der neue Verrat der SPD.-Führer fällt in einen Augenblick, da die gesamte deutsche Arbeiterklasse, alarmiert durch die Ermordung Erzbergers, einig und geschlossen den Willen kundgab, Schluß zu machen mit der Wirtschaft der gegenrevolutionären Mordbande, der Orgesch und des Selbstschutzes, Schluß zu machen mit dem Treiben der gegenrevolutionären Bürokratie und der Offiziere, Schluß zu machen mit dem Horthy-Regiment der Kahr und Poehner in Bayern. Bisher gelang es den SPD.-Führern, jedesmal, wenn sie sich mit der Gegenrevolution verbanden, um der Arbeiterschaft die Waffen aus der Hand zu schlagen, die großen Massen des Proletariats in ihrem Banne zu halten. Sie wußten es zu verhindern, daß ihr Verrat dem ganzen Proletariat bewußt wurde. Sie verstanden es stets, einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben und die Kommunisten als Blitzableiter zu benutzen. Jetzt verbindet sich die SPD. offen mit der stärksten gegenrevolutionären Partei angesichts einer Arbeiterklasse, die einig und geschlossen ihren Willen zur Abrechnung mit der Gegenrevolution kund gegeben hat. Die gesamte Arbeiterklasse muß den Görlitzer Beschluß nicht als einen Schlag, der ausschließlich gegen die Kommunisten, gegen einen vorgeschobenen Posten geführt wird, sondern als ein Attentat gegen die im Aufmarsch befindliche proletarische Einheitsfront empfinden.

Die Ausrede der SPD.-Führer, die behaupten, sich lediglich zum „Schutze der Republik", um in der Regierung Einfluß zu gewinnen, mit den Stinnesleuten einlassen zu wollen, steht auf sehr schwachen Füßen. Vor wenigen Tagen noch hörten die Arbeiter ganz andere Worte aus dem Munde der SPD.-Führer. „Kein Monarchist darf sich auf der Straße zeigen! Die neue, die ganze Revolution!" Das war das Echo der Schüsse auf Erzberger bei den Führern der SPD. Und jetzt das Zusammengehen mit der monarchistischen Stinnespartei, wo doch jedes Kind in Deutschland weiß, daß alle gegenrevolutionären Organisationen von dem Gelde der Schwerindustrie ausgehalten werden!

*

Allerdings, der „Schutz der Republik", Arm in Arm mit Stinnes ist auch ein Erfolg der Ermordung Erzbergers. Aber es ist der Erfolg, den die Gegenrevolution, die den Anstoß zum Morde gab, sich davon versprach. Das Ziel der Gegenrevolutionäre war sehr durchsichtig. Die Annahme des Ultimatums durch Deutschland machte der Bourgeoisie etwas Luft, aber nur unter einer Bedingung. Sie mußte Ellbogenfreiheit haben, um alle Lasten auf das Proletariat abwälzen zu können. Sie mußte die Möglichkeit haben, den Lohnabbau durchzuführen, den Achtstundentag abzubauen, mit einem Wort, die kümmerlichen Reste von Errungenschaften der Revolution, die die Arbeiterschaft sich noch bewahrt hatte, aus der Welt zu schaffen. Sie mußte endlich die Garantie haben, daß bei den neuen Steuervorlagen das Kapital im wesentlichen unangetastet bleibt.

Angesichts der Spannung und Erregung, die in den Kreisen der Arbeiter herrschte, und die sich in einer ununterbrochenen Kette von Streiks und Lohnbewegungen Luft machte, mußte die Großbourgeoisie, die Kreise um Stinnes mit den regierenden Vertretern der kleinbürgerlichen Demokratie Fraktur reden, um sie einzuschüchtern. Der Mord an Erzberger jenem Mann, der es gewagt hatte, auch nur an eine teilweise Belastung des Kapitals zu denken, war eine deutliche Drohung an die Adresse der Welt, an die Adresse der SPD., die von der „Erfassung der Goldwerte", d. h. einer Besteuerung der Produktionsmittel sprach.

Die Drohung hat gewirkt. Ein paar radikale Phrasen, ein paar Kampfansagen konnte man noch von der Regierung der SPD. hören. Bis dann angesichts der drohend aufmarschierenden Arbeiterbataillone die Helden der Republik und Demokratie vor Stinnes und der Gegenrevolution zu Boden fielen. Wirth kapitulierte vor Kahrbayern, die SPD. vor der Deutschen Volkspartei. Von einer Erfassung der Goldwerte wurde nicht mehr gesprochen. Dafür kam die famose Goldanlihe auf die Tagesordnung, die die Regierung zum Schuldner und Bürgen der Bourgeoisie machen sollte. In Görlitz erkläte dann auch Keil, der Referent über die Steuerfrage, daß man sich nicht auf eine Erfassung der Goldwerte festlegen könne.

*

„Schutz der Republik!" Die Republik ist geschützt. Stinnes, der Geldgeber sämtlicher monarchistischer Organisationen, zieht in die Regierung ein, um die Republik zu beherrschen. Die Stinnespartei fühlt sich Herr der Situation. Stresemann, der Führer der Volkspartei, stellt frohlockend fest, daß die Mehrheitssozialisten den Unabhängigen und Kommunisten eine deutliche Absage erteilt haben, daß die Gefahr von links beseitigt, daß also der proletarischen Einheitsfront ein Schlag versetzt worden sei.

„Schutz der Republik!" Die Stinnespartei spottet der Sozialdemokraten, die die Bedingungen für ihren Eintritt in die Regierung stellen wollen. Sie stellt selbst Bedingungen. Sie fordert den Rücktritt des Reichskanzlers Wirth, dessen allzu radikale Phrasen bei den Herren Stinnes unangenehm auffallen, sie fordert den ausschlaggebenden Einfluß in der Regierung.

„Schutz der Republik!" Ja, denn die Herren um Stinnes können auf eine direkte monarchistische Restauration verzichten, wenn sie die Möglichkeit haben, die volle Herrschaft in der Republik auszuüben, in der bürgerlich-demokratischen Republik eine ausdrücklich gegen das Proletariat gerichtete konterrevolutionäre Einheitsfront zu bilden. Sie können wohl für einen Augenblick die Deutschnationalen, die Orgeschleute und ihre übrigen Soldknechte in die Reserve zurückrufen.

Aber die Arbeiter, die nach dem Griesbacher Mord auf die Straßen zogen, um zu demonstrieren, werden dieser Art von Republik mit sehr gemischten Gefühlen gegenüberstehen. Als sie aufmarschierten, standen sie wohl überwiegend unter der Führung der SPD. und USP., wiegten sie sich noch in bürgerlich-demokratischen Regionen, aber das Bekenntnis zur Republik auf ihren Lippen bedeutete nicht den Wunsch nach einer Republik mit einem Stinnes an der Spitze, sondern den festen Willen, mit der Gegenrevolution aufzuräumen.

*

Die SPD.-Führer rühmten sich in Görlitz dessen, daß ihre Partei über eine Million Arbeiter in ihren Reihen vereinige. Es ist wahr, ein überwiegender Teil der deutschen Arbeiterschaft steht heute noch hinter der SPD. Aber diese Massen befinden sich in einer tiefen Gärung, die schon lange vor dem Görlitzer Parteitag begonnen hat. Die immer weiter um sich greifenden Vorstöße der Unternehmer, die Teuerung, die Arbeitslosigkeit, alles das führte dazu, daß die breiten Massen der SPD.-Mitglieder sich, und mag es auch noch so unbewußt und unklar geschehen sein, gegen die Politik der offiziellen Parteiinstanzen wandten.

Die Anträge, die aus den Mitgliedschaften zum Parteitag gestellt wurden und die fast sämtlich auf direktem oder indirektem Wege in den Papierkorb wanderten, forderten entschiedene Maßnahmen gegen die Teuerung, schärfsten Kampf gegen das Steuerprogramm Wirths, Abwälzung aller Steuern auf die Kapitalisten, Durchführung der Sozialisierung, Kampf gegen die Gegenrevolution, Entfernung der konterrevolutionären Bürokratie, der Offiziere und Richter. Der erste Entwurf des Parteiprogramms wurde überall für undiskutabel erklärt. Der Leitgedanke aller Anträge war der Ruf nach der proletarischen Einheitsfront. Freilich wurde meistens nur eine organisatorische Verschmelzung mit der USP. verlangt.

Die SPD.-Bürokratie nahm in Görlitz gegenüber der oppositionellen Richtung, die die Stimmung der Masen vertrat, eine ausgesprochene Kampfstellung ein. Die Delegierten aus Chemnitz und Frankfurt, die die linke Richtung vertraten, wurden bewitzelt und beschimpft,

Die SPD.-Bürokratie hielt es in Görlitz für nötig, gegen den Gedanken der proletarischen Einheitsfront nunmehr auch offen Front zu machen. Sie spielte nicht einmal mehr mit der Phrase der Einigkeit. Sie wandte sich selbst gegen eine organisatorische Verschmelzung mit der USP.

Der wichtigste Beschluß von Görlitz, der das Zusammengehen mit der Volkspartei festlegt, ist eine offene Kriegserklärung an die Massen der SPD., die nach der Einigkeit rufen.

Der Verrat der SPD.-Führer richtet sich nicht mehr nur gegen die Arbeiter der anderen Parteien, sondern offen und klar auch gegen die eigenen Arbeiter. Die SPD.-Führer proklamieren nicht nur den Kampf gegen die Kommunisten, sie kämpfen offen gegen die Arbeiter in ihren eigenen Reihen.

Diese Lage muß die Krise, die ohnehin schon in den Reihen der SPD. besteht, noch vertiefen und zu Auseinandersetzungen führen, deren Folgen leicht abzusehen sind. Die Chemnitzer „Volksstimme" nimmt jetzt offen gegen den Görlitzer Beschluß Stellung und erklärt, daß die Chemnitzer Arbeiter sich viel wohler in der Gesellschaft ihrer kommunistischen Klassengenossen als in der monarchistischen Stinnespartei fühlen.

So können wir Görlitz als den Höhepunkt des sozialdemokratischen Einflusses auf die deutsche Arbeiterschaft und zugleich als einen Wendepunkt zu einer neuen Entwicklung bezeichnen.

Jugoslawien:

Der weisse Terror in Jugoslawien.

Von S. M.

Die dreijährige Geschichte Iugoslaviens, eines der neugegründeten Staaten, ist die Geschichte einer ständig wachsenden politischen und sozialen Reaktion, die durch sehr wilde spezifisch balkanische Formen charakterisiert ist. Durch die barbarische Unterdrückung der Kommunistischen Bewegung hat Jugoslavien bereits Berühmtheit erlangt. Ende vorigen Jahres wurde im Wege eines ganz gewöhnlichen Ministerialerlasses, der in Widerspruch zu einer Reihe von sogenannten positiven Gesetzen stand, die kommunistische Partei Jugoslaviens suspendiert, alle Gewerkschaften aufgelöst, Arbeiterheime, Druckereien und Buchhandlungen geschlossen und militärisch besetzt, die gesamte kommunistische Presse unterdrückt und jede kommunistische, schriftliche wie mündliche Propaganda verboten.

Die jugoslavische Regierung hat in ihrer Dummheit geglaubt, eine lebendige Massenpartei wegdekretieren zu können. Sie hat aber sehr bald zur gegenteiligen Ueberzeugung kommen müssen. Die KPJ., obwohl zur Illegalität gezwungen, hat die jugoslavische Bourgeoisie in keinem Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht nur lebt, sondern daß sie sogar zu einer immer größeren Gefahr für die bürgerliche Herrschaft wird. Der erste entscheidende Schlag gegen die Kommunisten war fehlgegangen. Diese allgemeine Erkenntnis war das einzige Resultat der sechs Monate lang währenden wütenden Reaktion auf Grund des Antikommunistenministerialerlasses. Vor dieser Tatsache wollte aber die jugoslavische Regierung nicht kapitulieren. Im Gegenteil. Sie zog daraus die Schlußfolgerung von der Notwendigkeit der Anwendung noch schärferer Gewaltmittel gegen die kommunistische Bewegung. Trotzdem ein Professor des öffentlichen Rechtes an der Belgrader Universität die Theorie aufgestellt hatte, daß dem Staate stets das Recht zustehe, gegen illegale Organisationen mit illegalen Mitteln zu kämpfen, war die Mehrheit der besten Advokaten der bürgerlichen Gesellschaft dennoch der Meinung, daß der erste Schritt gegen die Kommunisten gerade deswegen nicht die erwünschte Wirkung gezeitigt habe, weil er nicht auf gesetzgebendem Wege erfolgt sei. Es gälte also den Kampf gegen den Kommunismus in noch verschärfterer Form zu legalisieren. Die jugoslavische Regierung hat diesen Rat befolgt, indem sie neulich über ein ungeheuerliches Gesetz zum Schutze des Staates im Parlament abstimmen ließ. **Es ist wirklich das schändlichste Gesetz, daß die Geschichte der Kulturwelt kennen gelernt hat.** Die politische und soziale Reaktion haben in diesem Gesetz ihren Höhepunkt erreicht. **Jede kommunistische Propaganda** wird als **Verbrechen** qualifiziert, das mit **Tod** (!) und in leichteren Fällen mit **Zuchthaus** bis zu **zwanzig Jahren** bestraft wird. Die kommunistische parlamentarische Fraktion von 59 Abgeordneten wurde aufgelöst und alle Abgeordneten verhaftet.

Das Gesetz hebt einfach alle bürgerlichen und politischen Freiheiten auf. Es proklamiert die offene rücksichtslose Diktatur einer Clique, die auf Thron, Militär und Gendarmerie gestützt, ihr schmutziges Leben auf Kosten des arbeitenden Volkes zu verlängern versucht. **Das Streikrecht ist praktisch vollkommen aufgehoben.** Jeder Streikversuch kann als die „Bedrohung der öffentlichen Ruhe und Ordnung" bezeichnet und folglich laut Gesetz als Verbrechen auf das grausamste bestraft werden. Die **arbeitslosen Arbeiter** werden schlechtweg als **Vagabunden** behandelt, auf Gnade und Ungnade der politischen Willkür ausgeliefert. Wenn man zu alledem noch die **Festnahme** und **Deportierung der Verwandten** der vom Gericht Verfolgten bis zum vierten Grad der geraden Nebenlinien und die **Demolierung der Dörfer,** in denen die vom Gericht Verfolgten sich angeblich verstecken, berücksichtigt, so vervollständigt man das Bild über das barbarische Regime des weißen Terrors in Jugoslavien.

Die jugoslavische Regierung macht die letzten verzweifelten Anstrengungen, um ihre Herrschaft vor dem unvermeidlichen Bankerott zu retten. In Folge einer Reihe von schweren Mißerfolgen in der innern und äußern nationalen, ökonomischen und finanziellen Poltiik ist die jugoslavische Bourgeoisie in eine Sackgasse geraten, aus welcher sie sich durch Anwendung von Gewaltmitteln freie Bahn zu brechen sucht. Bald wird sich aber wieder erweisen, daß die Bourgeoisie schlecht gerechnet hat. Das bürgerliche Frankreich begrüßt aufs wärmste und unterstützt mit allen Mitteln das blutige Regime in Jugoslavien, um es umso leichter bewegen zu können, an der geplanten Intervention gegen Sowjetrußland teilzunehmen.

Die revolutionären Arbeiter und Bauern Jugoslaviens werden aber imstande sein, alle Pläne ihrer inneren und äußeren Feinde zu nichte zu machen.

Wirtschaft

Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Von * * *

In allen Ecken und Enden der kapitalistischen Welt kracht es. Nach dem scheinbaren Aufschwung, welcher nach dem Kriege eingetreten war, ein Aufschwung, der den Kapitalisten unerhörte Profite, aber der Gesellschaft keine Erhöhung der Produktion brachte, setzte voriges Frühjahr die Krise ein. Länger als 5/4 Jahr währt die Krise nunmehr, vertieft sich, breitet sich aus. Das Ende ist noch immer nicht abzusehen. Wenn ein bis zwei Wochen eine Besserung eintritt, folgt unweigerlich in den darauf folgenden Wochen eine Verschlechterung der Wirtschaftslage.

Die Tatsachen der Weltkrise sind ja bekannt. In Amerika arbeiten die großen Eisenwerke mit 25 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit. Die Besitzer der Kupfergruben haben ein Abkommen zur Einschränkung der Produktion getroffen. Im Baumwollbau ist das bebaute Areal dieses

Jahr um 27 Proz. verkleinert worden. Man will alle Pflanzer verpflichten, diese Reduktion weitere fünf Jahre aufrecht zu erhalten. Von den 10 Millionen Tonnen neuen Schiffsraum, welchen Amerika während des Krieges gebaut hat, liegt die Hälfte still, ohne Beschäftigung. Dasselbe Bild in allen anderen Ländern, ob sie Sieger, Besiegte oder Neutrale im Weltkrieg waren. Im Belgien verschärft sich die Krise von Tag zu Tag. Kohlengruben werden stillgelegt; von 55 Hochöfen arbeiten nur noch 12. Gehen wir hinüber nach Böhmen: vollständiger Stillstand der Schwerindustrie; in Kladno, dem großen Zentrum der Eisenindustrie, wurde der letzte Hochofen, der noch im Betrieb war, im Juli ausgeblasen. Dieselben Erscheinungen sehen wir in England, in Italien. Aber auch in Japan und in Südamerika. Eine Weltkrise im wirklichen Sinne des Wortes.

Krisen hat es immer gegeben, seit der Kapitalismus besteht. **Die gegenwärtige Krise ist keine Krise innerhalb des Kapitalismus, sondern eine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung** selbst!

Die kapitalistische Weltwirtschaft, welche vor dem Kriege ein Ganzes gebildet hatte, zusammengehalten durch den Welthandel und durch die in allen kapitalistischen Ländern der Welt eingeführte Goldvaluta, die jedes nationale Geld zum Weltgeld machte, ist zerfallen, in Trümmer zerschlagen. Sie liegt im Sterben. Das englische Pfund Sterling steht um ein Viertel unter seinem Goldwerte; die Mark auf einem Zehntel ihres Wertes. Die österreichische Krone oder die polnische Mark sind zu Fetzen Papier geworden. Ganz Mittel- und Osteuropa sind zu einem Krankheitsherd des Kapitalismus geworden.

Die gegenwärtige Krise ist keine Ueberproduktionskrise im alten Sinne. Wer könnte behaupten, daß es in Deutschland, in Oesterreich, in Polen, in diesen verarmten, vom Krieg vollständig ruinierten Ländern, wo man von einem Monat auf den andern nicht weiß, ob Brot für die Bevölkerung vorhanden sein wird, es eine Ueberproduktion gibt. **Das Wesen der gegenwärtigen Krise ist eben eine noch nie dagewesene Ueberproduktion in der einen Hälfte, Unterproduktion in der andern Hälfte der Welt.** Das Zusammenprallen dieser zwei Tatsachen ergibt die gegenwärtige Krise des Kapitalismus.

Die Völker Europas mordeten sich auf Geheiß der Kapitalisten mit allen Hilfsmitteln der modernen Technik. Alles wurde für den Krieg mobilisiert. Der ganze reale Reichtum, den Generationen aufgehäuft hatten; die Kräfte des Ackerbodens, des Viehbestandes, die Häuser und Fabriken, die Maschinen und die Lokomotiven: alles wurde aufgebraucht, ausgesaugt, im Kriege selbst unmittelbar zugrunde gerichtet. Der Reihe nach gingen die Staaten zugrunde. Zuerst der schwächste, Rußland; dann Bulgarien, Oesterreich-Ungarn und zuletzt Deutschland. Aber die Verwüstung des Krieges war in Belgien, Italien und Frankreich nicht geringer. Nur die Unterstützung Englands und Amerikas hielt sie bis ans Kriegsende irgendwie aufrecht.

Eine ganz andere Entwicklung machten die außereuropäischen Staaten durch. Europa, das bisher immer der **Hauptlieferant von Industrieartikeln** für die ganze Welt gewesen war, konnte im Kriege nicht nur nichts liefern, sondern brauchte selbst alle Arten von Gütern aus den anderen Weltteilen. Es setzte daher überall in den außereuropäischen kapitalistischen Ländern eine ungeheure Vergrößerung der Produktionsanlagen und der Produktion selbst ein. Die Massenaufträge der Ententestaaten erzeugten eine treibhausartige Entwicklung, vor allem in den Vereinigten Staaten und Japan. Aber auch die anderen überseeischen Länder mit weißer Bevölkerung: Australien, Südamerika, Südafrika, entwickelten, — von der europäischen Konkurrenz zeitweilig befreit — eine eigene Industrie.

Die ungeheure Verteuerung der Fracht machte diese junge Industrie zeitweilig auf dem lokalen Markt konkurrenzfähig gegenüber der Industrie Amerikas und Japans. Während also Europa zugrunde ging, seine Produktivität von Jahr zu Jahr zusammenschrumpfte, entwickelten sich in den außereuropäischen kapitalistischen Ländern mächtige neue Produktionskräfte.

Zwei Hälften der Welt stehen einander gegenüber: die verarmte Hälfte: Rußland, Polen, Deutschland, die Länder der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie, Italien, zusammen über 300 Millionen Menschen; und die im Kriege ungeheuer reich gewordenen Ueberseeländer, vor allem die Vereinigten Staaten und Japan, aber auch die englischen Kolonien. Die armen Länder leiden an einer Unterproduktionskrise; die reichen Länder an einer Ueberproduktionskrise. Die armen Länder leiden an allem Not. Die reichen Länder haben an allem Ueberfluß. Die Armen können von den Reichen nichts kaufen. Sie haben nichts in Tausch zu geben; all ihr Gold, all ihre Wertpapiere, ihre Kunstschätze, ja ihre Künstler und Gelehrten wandern nach Amerika. Die reichen Länder können nichts verkaufen. Auf Kredit können die Armen nichts von den Reichen bekommen, weil sie eben arm sind und man ihnen nicht borgen kann. So stehen denn die zwei Hälften der Welt einander in unlöslichem Widerspruch gegenüber. Und wie bei allen Uebeln des Kapitalismus fällt auch hier die Last auf die Arbeiter. **In der reichen Hälfte der Welt sind Millionen von Arbeitern arbeitslos.** In den Vereinigten Staaten allein zwischen 4,5 bis 5 Millionen (laut den Angaben des Arbeitsamtes.) (Siehe den Chikagoer „Ekonomist" vom 30. Juli.) Sie hungern, weil das Land zu reich ist. In Deutschland, in Oesterreich, in Polen ist die Arbeitslosigkeit gering, **aber die Arbeiter hungern hier, trotzdem sie arbeiten, weil das Land verarmt ist!** Die Leiden der Arbeiter sind in dieser Weltkatastrophe noch größer als im normalen Verlauf der kapitalistischen Wirtschaft.

Arbeiterbewegung

England:

Der englische Gewerkschaftskongress.

Von Philipp Price.

Der englische Gewerkschaftskongreß hat seinen gewöhnlichen Verlauf genommen. Nach den üblichen Begrüßungsreden des Vorsitzenden folgte eine Reihe von Resolutionen, die automatisch angenommen wurden. Ueberall war der gewaltige Apparat der 80 Jahre alten Gewerkschaftsbürokratie zu bemerken. Doch zeigte der Kongreß, daß die katastrophale Lage der arbeitenden Bevölkerung Englands nicht ohne Einfluß auf ihn blieb. Kurz nach der Begrüßungsrede des Vorsitzenden war es einer Delegation der Arbeitslosen gelungen, in den Saal zu dringen und einige Reden zu halten, um ihre Forderungen: Arbeit oder Unterstützung, die nicht niedriger sein darf als die Löhne der Arbeitenden, vorzutragen. Bald nach dieser Demonstration nahm der Kongreß eine Resolution an, die den Forderungen der Arbeitslosen im wesentlichen entsprach. In der Debatte über diese Resolution zeigten mehrere Redner, daß die ganze Last der Arbeitslosenunterstützung, die von Woche zu Woche größer wird, allein auf die Finanzen der örtlichen Gemeinden fällt. Der Kongreß erkannte den heroischen Kampf des George Landsbury und seiner Kollegen an, die als führende Mitglieder des Gemeinderats Stepney sich geweigert haben, den Forderungen der Regierung nachzukommen mit der Begründung, daß ihre ganze Finanzkraft zur Unterstützung der örtlichen Arbeitslosen verwandt werden müsse! Daß Landsburys Tat zugunsten der Arbeitslosen nicht ohne Rückwirkung auf den Kongreß war, ist aus der Rede eines der Gewerkschaftsführer, Jack Johns, zu ersehen. Obwohl dieser sagte, daß er Gegner von allen verfassungswidrigen Maßnahmen sei, gäbe er zu, daß jetzt andere Mittel angewandt werden müßten. Er schlug einen Mieterstreik vor und sagte, daß, bis die Arbeitslosen eine genügende Unterstützung von der Regierung bekämen, keine Miete und keine Steuern bezahlt würden.

Am zweiten Tage entspann sich eine wichtige Debatte über die Statistiken des Reichsarbeitsministeriums. Der Eisenbahnführer Thomas behauptete, daß die Statistik der Löhne und Lebensverhältnisse der Arbeiter, die von diesem Ministerium ausgingen, gefälscht seien, mit der offensichtlichen Absicht, darzustellen, daß die Kosten der

Lebenshaltung in der letzten Zeit gefallen und die Reallöhne gestiegen seien. Ungefähr 3 Millionen Arbeitern sollten ihre Löhne auf Grund dieser Statistiken gekürzt werden. Der Kongreß nahm eine Resolution an, die die Statistiken der Kommission, die von den Arbeiterparteien und dem Gewerkschaftskongreß aufgestellt wurden, guthieß.

Am dritten Tage warf ein Delegierter aus Belfast in Nord-Irland die Frage über die Verhältnisse zwischen den englischen und den irischen Gewerkschaften auf. In einer sehr interessanten Rede schilderte er die Lage in diesem wichtigsten Industriezentrum Irlands. 1919 war es gelungen, zwischen den englischen und den irischen Gewerkschaften eine Brücke zu bilden und die religiösen Streitigkeiten, die zwischen den katholischen und den protestantischen Arbeitern herrschten, mehr oder weniger zu beseitigen. In demselben Jahr war einer der größten Streiks Irlands ausgebrochen, in welchem ein Arbeiterrat eine große Rolle spielte. Seitdem allerdings ist es dem Unternehmertum in Belfast gelungen, die alten religiösen Streitigkeiten wieder zu erwecken. Die Eröffnung des Parlaments Nord-Irlands war das Signal zu einer wüsten Hetze nicht nur gegen Sinnfeiner, sondern gegen alle sozialistischen Arbeiter, die als Agenten des Papstes gekennzeichnet waren. Im vorigen Juli wurden alle Arbeiter, die nicht für die Carson-Clique ihre Stimmen abgaben, von den Werften unbefristet entlassen; angeblich wegen katholischer Umtriebe, in Wirklichkeit aber, weil sie Mitglieder der ILP. oder der Kommunistischen Partei waren. Der Delegierte führte weiter aus, daß als Antwort auf diesen Staatsstreich die örtlichen Gewerkschaften zur Arbeitsniederlegung aufgefordert haben. Aber durch die Schuld der englischen Gewerkschaften, die die Parole zur Arbeitsniederlegung nicht gaben, zerriß die Front. Der Delegierte bat den Kongreß, eine Delegation zu wählen, welche nach Belfast gehen solle, um die Einheitsfront wiederherzustellen. Der Kongreß entschied in diesem Sinne.

Die Frage des **Völkerbundes** kam hernach auf die Tagesordnung. Bezeichnend für die Psychologie der alten Gewerkschaftsführer und ihrer Vertreter im Parlament war eine Rede Clynes. Für ihn war der Völkerbund unbefriedigend, weil die Arbeiterparteien im Völkerbundsrat ungenügend vertreten waren. Dazu verlangte er eine Erweiterung des Einflusses der Generalversammlung des Völkerbundes auf den Rat. Ein Kritiker des linken Flügels des Kongresses meinte, daß die Mitarbeit mit den europäischen Regierungen überhaupt unzulänglich sei, und daß die Arbeiterklasse selbst den Kampf gegen Krieg und Ausbeutung in die Hand nehmen solle. Darauf erwiderte Clynes: 'Daß, obwohl er einverstanden sei mit der Idee, daß der Friede nur durch die arbeitende Klasse gesichert werden könne, dürfe man doch nicht vergessen, daß die menschliche Natur sich lange Zeit nicht ändern werde. Wie sich das Wirtschaftssystem auch gestalten mag, ist es sicher, daß es zwischen Land und Land, Volk und Volk Kämpfe geben wird. Clynes war während des Krieges eine der Hauptstützen des englischen Kriegskabinetts.

Einen ähnlichen Einblick in die Psychologie dieser Führer gewann man am vierten Tage, als Thomas die Resolution über die Washingtoner Konferenz einbrachte. Wie Clynes, baute Thomas große Hoffnungen auf den Völkerbund und ganz besonders auf die Konferenz in Washington, der berufen sei, zwischen den drei größten kapitalistischen Staaten der Welt einen Ausgleich zu treffen. Er verlangte, daß die englische Arbeiterpartei auf der Konferenz vertreten sei und die englische Regierung vorläufig ihre Flottenrüstungen rückgängig machen solle. In allgemeinen Phrasen plädierte er für einen wirklichen Völkerbund, in welchem alle Klassen und Nationen friedlich zusammenleben sollten. Ihm entgegnete Pollit von dem Verband der Kesselmacher, der die ganze internationale Lage vom kommunistischen Standpunkt aus betrachtete. Es wäre müßig, von einer allgemeinen Entwaffnung zu sprechen, denn die Regierung brauche ja die Waffen gegen ihre eigenen Arbeiter. Ein Krieg kann so lange nicht beseitigt werden, solange der Kapitalismus besteht. Thomas sprach über Entwaffnung. Was hat gerade er getan, um die englische Regierung zu hindern, Waffen nach Irland zu schaffen? So wie während des Krieges würde Thomas ein Sozialpatriot sein, weil er die grundlegenden Ursachen des Krieges nicht versteht. Die Gier des Kapitalismus nach Expansion, besonders in der letzten Zeit, für die Erringung der Oelquellen der Welt war die Ursache der Streitigkeiten zwischen England und Amerika. In einem ziemlich ähnlichen Sinne, doch etwas unklarer äußerte sich S. Smillie zu dieser Frage. Er meinte, daß die Bergarbeiter-Internationale in Genf bereits den Beschluß getroffen habe, im Falle eines neuen Krieges die Arbeit im internationalen Maßstabe niederzulegen. Die Resolution, welche die Arbeitervertretung für den Kongreß von Washington forderte, wurde angenommen und mit anderen Resolutionen zusammen der englischen Regierung zugeschickt, wo sie natürlich, wie immer, in den Papierkorb wandern.

In der Frage der Hilfsaktion für Rußland hat der Kongreß beschlossen, eine Landessammlung zu veranstalten und alles gesammelte Geld nach Amsterdam abzuliefern. Bromelley von den Maschinisten und Heizern meinte, man sollte andere Wege suchen, um das Geld zu befördern.

Bezeichnend für die Empfindlichkeit der Gewerkschaftsführer, was den sogenannten „Schwarzen Freitag" anbetrifft, war die Tatsache, daß es ihnen gelungen war, die Debatte über den Verrat des Dreibundes gegenüber den streikenden Bergarbeitern im letzten April abzuwürgen. Dagegen brachte Pugh für die Eisen- und Stahlarbeiter eine Resolution ein, welche verlangte, daß in Zukunft alle beabsichtigten größeren Streiks erst vor den Sonderausschuß des Kongresses kommen sollen, bevor man in den Streik tritt. Diese Resolution wurde zurückgewiesen, und besonders heftig sprachen dagegen die Mitglieder der Bergarbeiter-Union. Smilley sagte, diese Resolution würde alle Massenbewegung abwürgen, und Cramp zeigte, daß 1919 die Eisenbahnarbeiter ihren Streik gewonnen haben, weil sie schnell entschlossen in den Streik gingen. Allerdings beschloß der Kongreß, einen Apparat für die Regelung aller Streikbewegungen zu schaffen, um ihrer Ausbreitung im allgemeinen Maßstabe, wo nötig, zu erleichtern.

Obwohl eine kommunistische Fraktion auf dem Kongreß nicht vertreten war, gab es doch einen linken Flügel, der meistens von Kommunisten am Rednerpult vertreten war. Die Möglichkeit für Kommunisten, zu Wort zu kommen, ist durch diesen letzten Kongreß bewiesen. Das gibt Aussicht auf fruchtbare Arbeit in den englischen Gewerkschaften.

Deutschland:

Tagung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

(Die größte Gewerkschaft der Welt.)

Von J. Walcher, Berlin.

Vom 12. bis 18. September tagte in Jena die 15. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 780 Delegierte vertraten rund 1,6 Millionen Mitglieder. Diese Riesenzahl zeigt allein die überragende Bedeutung dieser — wie in Jena mehrfach mit Stolz betont wurde — größten Gewerkschaftsorganisation der Welt.

Die ordentlichen Generalversammlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes finden alle zwei Jahre statt. Auf der vorhergehenden Generalversammlung in **Stuttgart** hatte die Opposition eine sichere Mehrheit. Aber es fehlte ihr an Geschlossenheit, Einsicht und Konsequenz, um den Sieg zu nützen. Es kam ein neuer Vorstand, aber es blieb fast alles beim alten. Im großen und ganzen behandelte der neue, „radikale" Vorstand die Tagesfragen wie sein Vorgänger. Die Folge war eine wachsende Unzufriedenheit. Um sich vor dem Ansturm der Opposition zu decken, suchte und fand der neue Vorstand unter der Führung Robert Dißmanns Anschluß an die Rechtssozialisten. In dem Streit um Moskau oder Amsterdam wurde Dißmann einer der lautesten Rufer für Amsterdam. Er gehörte zu den führenden Gewerkschaftern in dem Kampf gegen die Kommunisten. Wenngleich die Rechtssozialisten allen Grund hatten, mit den Taten des alten Vorstandes zufrieden zu sein, bewahrten sie doch in Erinnerung an die Niederlage in Stuttgart eine kühle Reserve. Die Kommunisten standen geschlossen in der Opposition.

Die Basis des in seiner Mehrheit aus Unabhängigen bestehenden Vorstandes war allmählich sehr schmal geworden. Die Rechtssozialisten arbeiteten mit Eifer an der Festigung und Er-

weiterung ihres Einflusses, ebenso die Kommunisten. Im Dezember 1920 zeigten die Wahlen zu der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, daß der kommunistische Einfluß außerordentlich rasch gewachsen war, erhielten die Kommunisten doch von 61 000 abgegebenen Stimmen 30 000, also beinahe die Hälfte. Infolge der Nachwirkungen der Märzaktion, die vielerorts eine Säuberung der Betriebe von den Kommunisten zur Folge hatte, ist unser Einfluß auch im DMV. zeitweilig etwas geschwächt worden. Aber er war noch stark genug, um den in Stuttgart sitzenden Vorstand mit den größten Besorgnissen zu erfüllen.

Dessen vornehmste Sorge war eine Zeitlang die Erzielung einer ihm genehmen Zusammensetzung der Generalversammlung. **Drei Richtungen** warben um die Gunst der Mitglieder. Das **Wahlreglement,** das jeweils vom Vorstand herausgegeben wird, hätte dieser Tatsache entsprechen und jeder Richtung gestatten müssen, eine eigene Kandidatenliste aufzustellen. Hier aber zeigte sich die pfiffige Gerissenheit des Vorstandes. Er bestimmte, daß nur eine Mehrheits- und eine Minderheitsliste aufgestellt werden durfte. Damit wurde erreicht, daß den Unabhängigen, als der mittleren Richtung, die Minoritäten bald von rechts, bald von links zugute kamen. Diese **„wahlstrategischen Schlaumeiereien"** haben besonders die Kommunisten benachteiligt. Sie erzielten bei den Delegiertenwahlen beispielsweise in den sechs Bezirken **Hagen, Essen** (Rheinland-Westfalen), **Hamburg, Königsberg, Berlin** und **Stuttgart** 65 733 Stimmen gegen 124 530 Stimmen, die auf Unabhängige und Mehrheitssozialisten entfielen. **Während die vereinigten Amsterdamer auf ihre 124 530 Stimmen 293 Delegierte erhielten, mußten sich die Kommunisten bei 65 733 Stimmen mit 48 Delegierten begnügen, das heißt, auf einen Amsterdamer Delegierten entfielen 425 Stimmen, während die Kommunisten 1369 Stimmen aufbringen mußten,** um einen Delegierten zu erhalten. Die 114 kommunistischen Delegierten, die dennoch gewählt wurden und in Jena die kommunistische Fraktion bildeten, brachten also bei weitem nicht das tatsächliche Vertrauen zum Ausdruck, dessen sich die Kommunisten bei den Mitgliedern des DMV. erfreuen. Die SPD.-Fraktion hatte mit 420 Mitgliedern eine feste Mehrheit.

Obgleich die kommunistische Fraktion zahlenmäßig nicht in der Lage war, die Entscheidungen der Tagung ausschlaggebend zu beeinflussen, hat sie doch auf den ganzen Verlauf des Kongresses weit stärker eingewirkt, als die meisten Teilnehmer ahnten.

Dißmann hat in vierstündiger Rede über die **Tätigkeit des Vorstandes** berichtet. Einer Erörterung der Probleme des proletarischen Klassenkampfes ging er dadurch aus dem Wege, daß er jedesmal, wenn sich Lücken zeigten oder die Unzulänglichkeit der Gewerkschaftstaktik allzu kraß in Erscheinung trat, über die Kommunisten herfiel. Ein Antrag der Kommunisten, die Erörterung der Wirtschaftslage und der daraus resultierenden gewerkschaftlichen Taktik auf die Tagesordung zu stellen, ist von der Mehrheit abgelehnt worden. Die Kommunisten haben dann in der Diskussion versucht, die durch den Krieg und seine Folgewirkungen völlig veränderten wirtschaftlichen Grundlagen aufzudecken und die deswegen notwendige Aenderung der gewerkschaftlichen Taktik vor den Augen der Metallarbeiter klarzulegen. Der Vorstand, wie die SPD.- und die USPD.-Fraktionen gingen jedoch diesem Problem beharrlich aus dem Wege. In diesem entscheidenden Punkt hat die Generalversammlung völlig versagt. Was schließlich herauskam, war eine verschwommene Resolution, deren Stilisierung nur aus dem Bestreben zu erklären ist, Unabhängige und Mehrheitssozialisten unter einen Hut zu bringen. Das ist denn auch gelungen. Dißmann gab sich alle Mühe, das Wohlgefallen der SPD. zu erzielen. Die Unterwürfigkeit der USPD. unter den Willen der Mehrheitssozialisten ging so weit, daß sie sogar ihre nicht geringen agitatorischen Bedürfnisse opferten und den **kommunistischen Antrag niederstimmten, der sich gegen die Beteiligung des DMV. an den Arbeitsgemeinschaften aussprach.** Wenn es der Unabhängigen Fraktion in Jena darum zu tun war, zu beweisen, daß Dißmann Recht hatte, als er in der „Metallarbeiterzeitung" vor der Generalversammlung schrieb, auf gewerkschaftlichem Gebiet trenne die USPD. so gut wie nichts von den Rechtssozialisten, so müssen wir gestehen, daß ihr diese Beweisführung vollkommen gelungen ist.

Trotz dieser von Anfang an erkennbaren sachlichen Uebereinstimmung bedurfte es hinter den Kulissen fieberhafter Anstrengungen, um den offenen Konflikt zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zu verhüten. Die bloße Existenz der Kommunisten zwang die streitenden Brüder zur Einigung. Um den Einfluß der Kommunisten im Hauptvorstand zu schmälern, mußte eine Statutenänderung vorgenommen werden. Dazu bedurfte es einer ⅔ Majorität. So mußten USP. und SPD. zusammengehen, um eine Statutenänderung zu erreichen. Der Preis dafür war, daß die unabhängigen Mitglieder des Hauptvorstandes auf ihrem Posten verbleiben konnten. Der Pakt kam zustande. In Zukunft besteht der Vorstand aus 11 besoldeten Mitgliedern, von denen 5 der USPD. und 6 der SPD. angehören.

Das war jedoch nicht der alleinige Preis, den die Kommunisten für die Einigung zu zahlen hatten. Die SPD. war anfänglich abgeneigt, die vom alten Vorstand getätigten **Kommunistenausschlüsse** zu billigen. Sie ließ durch ihren zweiten Fraktionsredner erklären, daß sie jeden einzelnen Fall gesondert betrachten und dementsprechend entscheiden werde. Die USPD. verlangte aber hartnäckig, daß in die Einheitsresolution ein Satz aufgenommen werde, der die gegen die Kommunisten gerichteten Maßnahmen des Vorstandes ausdrücklich billigt. Das hat die USPD. schließlich durchgesetzt. Damit war das Schicksal der Ausgeschlossenen entschieden. Was dann noch in der Beschwerdekommission folgte, war eine schlecht maskierte Komödie, die um so mehr den Unwillen der oppositionellen Metallarbeiter wecken wird, als man allgemein nach der kurz vorher in **Halle** erfolgten Einigung eine Rückgängigmachung der Ausschlüsse erwartet hatte. Die Herrschaften, die sich allenfalls einbilden, durch die Fernhaltung namhafter kommunistischer Vertreter aus dem DMV. die kommunistische Sache schädigen zu können, werden bald merken, daß das Gegenteil der Fall ist.

Auf die Erledigung der ca. **750 vorliegenden Anträge** hatte die kommunistische Fraktion so gut wie gar keinen Einfluß. Nur in einem einzigen Fall ist es der Initiative der Kommunisten gelungen, einen Antrag entgegen dem Willen des Vorstandes zum Beschluß zu erheben. Entsprechend den Beschlüssen des Londoner Kongresses der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und der Internationalen Metallarbeiterkonferenz in Luzern war beantragt, daß der Vorstand die Herstellung von Kriegsmaterial und Kriegsmunition verhindern soll. Die Vorstandsvertreter bemerkten dazu, daß der Antrag zwar ein lobenswertes Ziel verfolge, daß es aber genüge, wenn er dem Vorstand zur Erledigung überwiesen werde. Dem widersprach der kommunistische Redner, und er verlangte, daß bei dieser Gelegenheit bewiesen werde, daß die internationalen Beschlüsse der Amsterdamer mehr wert seien, als das Papier, auf dem sie gedruckt sind. Die Mehrheit der Generalversammlung hielt eine solche Beweisführung für angebracht und stimmte dem Antrag zu. Die übrigen Anträge mußten im Galopp erledigt werden, da die ersten zwei Verhandlungstage fast nutzlos vergeudet waren. Am ersten Tage haben die ausländischen Vertreter, unter ihnen besonders **Merrheim**-Frankreich und **Kruppa**-Ungarn ihr Gastrecht zu gehässigen Angriffen auf die Kommunisten und auf die 3. Internationale mißbraucht. Das war für die Herren um so leichter, als es der Vorstand unterlassen hatte, auch die Vertreter des russischen Metallarbeiterverbandes einzuladen.

Noch ein Wort zu dem äußerlichen Verlauf der Generalversammlung. Es ist unseres Wissens die erste gewerkschaftliche Tagung, in der sämtliche Teilnehmer in drei straff organisierte Fraktionen eingegliedert waren. Jede Fraktion nahm zu den Einzelfragen Stellung, bestimmte Fraktionsredner, die nach dem Stärkeverhältnis abwechselnd auf dem Kongreß zu Wort kamen.

Jeder unbefangene Beobachter wird bestätigen müssen, daß dieser Tatbestand die Verhandlungen des Kongresses in der günstigsten Weise beeinflußte. Einmal wurde eine Menge Kleinkram in den Fraktionen erledigt, der anderenfalls den Kongreß beschäftigt hätte, außerdem wurde durch die Debatten in den Fraktionen eine gewisse Klärung und Verständigung geschaffen, die dazu führte, daß auf dem Kongreß die Meinungen in einer präzisen Sachlichkeit zum Vortrag kamen. Ein weiterer Vorzug der Fraktonsbildung liegt darin, daß durch das abwechselnde Auftreten das Interesse an den Beratungen von Anfang bis Ende wachgehalten wurde. Der Vorsitzende hat am Schluß mit Recht betont, daß wohl selten ein Kongreß von fast 1000 Teilnehmern eine solche Disziplin und Ausdauer an den Tag gelegt hat, wie dieser. Obgleich manchmal 10 und mehr Stunden getagt wurde, blieben die Kongreßteilnehmer auf ihren Plätzen und verfolgten aufmerksam den Gang der Verhandlungen. Man kann also nach dieser ersten großen Probe sagen, daß auch in diesem Fall die Fraktionsbildung den Gewerkschaften als Ganzes nur förderlich ist.

Der Verlauf des Kongresses berechtigt die kommunistische Fraktion, der Zukunft mit den größten Erwartungen entgegen zu gehen. Sie war im Gegensatz zu jener USP.-Opposition in Stuttgart frei von Illusionen. Sie war von einer imponierenden Geschlossenheit. Sie weiß, was sie will, und sie wird das, was sie will, auch erreichen. Große Kämpfe stehen dem deutschen Proletariat bevor. Seine Lage verschlimmert sich immer mehr. Die Preise steigen. Der Reallohn fällt. Die Regierung schickt sich zu einem ungeheuern Steuerraubzug an. Die Unternehmer fühlen sich wieder als die Herren der Situation. In gigantischer Weise vollzieht sich die Konzentration des Kapitals. Den bereits bestehenden und im Werden begriffenen kapitalistischen Riesengebilden ist unter den heutigen Verhältnissen mit der gebräuch-

lichen Gewerkschaftstaktik nicht mehr beizukommen. Das werden die Metallarbeiter ehestens zu spüren bekommen. Sie werden auch am schnellsten die Richtigkeit der kommunistischen Auffasung begreifen und den kommunistischen Fahnen folgen.

Wenn nicht früher, auf dem nächsten Kongreß sehen wir uns wieder!

Unsere Jugend

Das Wirtschaftsdienstgesetz.

(Der herbstliche Traum des Kapitalismus.)

Von Otto Unger.

Die kapitalistische Klasse kennt nur ein Ziel: das ist ihr Profit. Alles, was sie tut, ist diesem Ziele unterworfen, ob sie Krankenhäuser oder Universitäten baut, ob sie Erfindungen protegiert oder Kolonien erwirbt.

Immer steht ihr Kompaß auf Profit gerichtet.

Wird einer kapitalistischen Klasse durch irgendwelche politischen und wirtschaftlichen Ereignisse die Erreichung dieses Zieles erschwert oder gehemmt, so beginnt sie, vorausgesetzt, daß sie nicht stark genug ist, diese Hemmungen mit den ihr eigenen Operationsmitteln Krieg usw. zu beseitigen, alle möglichen Manipulationen. Der Staatsapparat, den sie ja beherscht, ist ihr dann ein willkomenes Werkzeug. Was dem einzelnen Kapitalisten durch die Gestaltung der Verhältnisse versagt ist, soll dann durch erlassene Gesetze gesichert werden.

Ein Beispiel dafür ist das **Wirtschaftsdienstjahr,** das augenblicklich in Deutschland wieder einmal herumspukt, das in Bulgarien besteht und das den Kapitalisten helfen soll, den ihnen durch die Absperrung vom Weltmarkt verloren gehenden Riesenprofit innerhalb des eigenen Landes einigermaßen zu ersetzen.

Der Gedanke des Wirtschaftsdienstgesetzes ist nicht neu. Er hat schon einen praktisch bewährten Vorläufer: das Hilfsdienstgesetz in Deutschland während des Krieges, das unter glorreicher Mithilfe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zustande kam. Der deutsche Kapitalismus, ringsum von Kriegsfronten umgeben, besessen von der jeder kapitalistischen Klasse eigenen Zähigkeit, sich auf jeden Fall die Sicherung seines Profits durch die Beherrschung des Weltmarktes zu sichern, die nur durch den für ihn siegreichen Ausgang des Weltkrieges erreicht werden konnte, daneben aber auch bestrebt, seine Gewinne, bevor es so weit war, im eigenen Lande stetig zu steigern, heckte diesen kühnen Plan zur vollständigen Ausbeutung der Arbeiterklasse aus. Die Freizügigkeit der Proletarier wurde aufgehoben. Die Jugendschutzgesetze wurden außer Kraft gesetzt. Das proletarische Kind, der kranke Proletarier, die proletarischen Frauen und die Greise wurden gezwungen, in einem „kriegswichtigen", d. h. in der Kapitalistensprache, in einem hohe Verdienste abwerfenden Betriebe zu arbeiten. So wurden die Proletarier der grenzenlosesten Ausbeutung unterworfen.

In Bulgarien können wir eine ähnliche Erscheinung wahrnehmen. Interessant ist nun, wie gegenwärtig, wo dem deutschen Kapitalismus alle seine Weltbeherrschungsträume grausam zerflattert sind, wo aber scheinbar auch die bei Kriegsende so drohende Gefahr der proletarischen Revolution etwas in weitere Formen gerückt ist, der alte Plan in einer etwas veränderten Form freilich, aber doch im Wesen gleich, wieder auftaucht. Noch hat sich der Staat damit nicht offiziell beschäftigt. Was herumspukt, sind nur die Wünsche „einsichtiger" Politiker, die ja bekanntlich immer die Anwälte der Herrschenden sind. Je mehr aber die deutschen Kapitalisten nur zu Sachverwaltern der internationalen Bourgeoisie werden, um so mehr werden sie sich darauf besinnen, daß ihnen damit eigentlich ganz nette Profite gesichert werden könnten. Dann werden sie nicht zögern, ihr Instrument, den Staat, zu benützen, um ein solches Gesetz zu schaffen.

Man hat es diesmal nur auf die proletarische Jugend abgesehen. Man plant nicht mehr und nicht weniger als eine „Wirtschaftsdienstpflicht" für den jungen Arbeiter, ähnlich, wie es ehedem eine Militärpflicht gab. So will man sich willige, leicht auszubeutende Arbeitstiere züchten.

Hunderttausende erwachsener Arbeiter sind arbeitslos. Hunderttausende arbeiten verkürzt. Unter ihnen allen sind viele Tausende junger Arbeiter, die ebenso im Elend verkommen. Und während die Gesellschaft nicht fähig ist, ihnen Arbeit und Brot zu verschaffen, will man ein Gesetz der Arbeitsdienstpflicht schaffen!

Worauf läuft das hinaus? Die Antwort ist einfach. Die Löhne sind ja bekantlich zu „hoch". Weil die Fabrikanten ihrer Meinung nach nicht mehr genügend verdienen, lassen sie lieber die Fabriken stillstehen. Das wird ihnen natürlich auf die Dauer selbst unbehaglich; denn sie wollen ja verdienen und möglichst viel. Also schafft man sich eine „Arbeitsarmee", die billige Arbeitskräfte liefert und mit deren Hilfe man die „unverschämten" Forderungen der Arbeiter leicht beseitigen kann. O, gesegnete Zeit! Dann werden die Goldströme des Profits wieder fließen und der arme geplagte und „mager" gewordene Geldsack des Fabrikanetn wird wieder die gesegneten Zeiten rundlicher Füllung erleben.

Die Arbeiterklasse muß erkennen, worauf das hinaus will. Was heute noch Wunsch ist, wird morgen Gesetz sein, wenn sie nicht auf dem Posten ist und alles tut, um solche „Blütenträume" kapitalistischer Sehnsucht zunichte zu machen. Was heute nur nationale Erscheinungen sind, werden morgen internationale Wirklichkeiten sein.

Aber auch die proletarische Jugend muß auf der Hut sein. Gegen sie ist der erste Stoß gezielt, der die ganze Arbeiterklasse treffen soll. Da gilt es, sich beizeiten zu wappnen. Die ganze Arbeiterjugend zusammengeschlossen, wird leicht imstande sein, solche Angriffe abzuwehren. Darum ans Werk! Schon heute muß begonnen werden. Der Versuch der Kapitalisten, die jungen Arbeiter von den erwachsenen zu trennen, indem er die jungen in Streikbrecherarmeen zwingt, muß erwidert werden, indem diese selbst die Einheitsfront der Arbeiterjugend herstellen und darüber hinaus die Einheitsfront mit den kämpfenden erwachsenen Proletariern. Nicht die Jungproletarier gegen die Alten, und damit gegen ihre eigene Klasse, sondern die **jungen mit den alten Proletariern zusammen gegen den Kapitalismus.**

Das muß die Losung aller jungen Arbeiter werden.

Es gibt nur einen Jugendverband, der ernsthaft und bewußt die Einheitsfront der jungen Arbeiter erstrebt, der sie zusammenfaßt, um sie in die Armee der erwachsenen Arbeiter gegen den Kapitalismus einzureihen. Das ist die Kommunistische Jugend. Darum hinein in die Kommunistische Jugend! Helft ihr, die Einheitsfront des Jungproletariats schaffen, helft ihr, die Einheitsfront zwischen Jungen und Alten gegen den Kapitalismus, unter der Führung der Kommunistischen Internationale, herzustellen.

Dann werden alle Wünsche der kapitalistischen Klasse, Euch in noch ungehemmtere Ausbeutung zu pressen, Euch als Streikbrecher gegen Eure Väter und Mütter zu verwenden, zerflattern wie die Blätter im Herbstwind.

Rußlandhilfe

Die Russlandhilfe — ein Wahrzeichen der proletarischen Einheitsfront.

Von Lenia.

Als vor zwei Jahren die gesamte bürgerliche Presse triumphierend den bevorstehenden Sturz des roten Petrograd verkündete, als die Pariser Börse bereits den Sieg Judennitsch's meldete und dieser Tags darauf von den roten Soldaten und Matrosen Kronstadts zerschmettert wurde — in jenen schweren Wochen entstand sie zum ersten Male: die revolutionäre Einheit des klassenbewußten Proletariats Westeuropas. Zwei Jahre waren die Arbeiter Deutschlands und Oesterreichs, Englands und Frankreichs in ihrer überwiegenden Mehrheit stumpf, fast gleichgültig dem gigantischen Heldenkampf der russischen Proletarier gegenübergestanden. Die leidenschaftlichsten Appelle weckten nicht die französischen und englischen Arbeiter zur helfenden Tat.. Ungestört konnte die internationale Bourgeoisie ihre Rüstungen gegen Sowjetrußland betreiben, — Arbeiter drehten, verschifften, verluden die Granaten, die ihren Klassengenossen in Rußland den Tod bringen sollten. Arbeiter zielten auf die rote Fahne, die für sie in Moskau und Petrograd verteidigt wurde.

Aber damals — endlich ging es wie ein Erwachen durch die Reihen der Arbeiterschaft. „Hände weg von Rußland!" brach sich der Ruf immer lauter Bahn,zerriß den Schleier der Lüge und gab das Signal zum Sammeln. Die internationale Bourgeoisie sah zum ersten Male den Massenaufmarsch der Arbeiter zur Verteidigung der russischen Revolution.

Und wieder ist es so: Als vor einigen Wochen die Kunde von dem furchtbaren Elementarunglück, das Sowjetrußland heimsuchte, nach Europa drang, da wurden wieder Triumph- und Jubellieder in den Reihen der französischen und englischen Bourgeoisie angestimmt. Doch recht verhalten klang die Freude, und die Herren der Pariser und Londoner Börse waren sehr beflissen, ihre wahren Gefühle unter lauten Phrasen über Humanität und Mitgefühl zu verbergen. Nicht als ob sie zahmer und fried-

licher geworden wären; nein, und auch jene kleinbürgerlichen Matadore fehlten nicht, die im Angesicht der russischen Hungerkatastrophe ihre politischen Schachergeschäftchen zu machen gedachten. Herr Kautsky war wieder mal zur Stelle und bewies, daß für die Dürre in Sowjetrußland die — bolschewistische Presseknebelung verantwortlich zu machen ist, die Hilferdinge hüben und drüben traten auf den Plan, um in einem Schwall von Phrasen dem russischen Löwen einen Eselstritt zu versetzen, und die Redakteure von „Vorwärts" und „Populair" ließen es nicht an giftigen Verleumdungen und höhnischen Zynismen fehlen.

Aber hätte nicht der gedämpfte Ton ihres Triumphes gezeigt, daß auch sie sich des Wandels der Zeiten bewußt geworden sind, die Antwort, die ihnne allen die leidenschaftliche Anteilnahme des internationalen Proletariats für das russische Hilfswerk gab, war nicht mißzuverstehen: Die Millionen Proletarier in Mittel- und Westeuropa wissen heute, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit, schon ganz genau, welche Bedeutung das Bestehen Sowjetrußlands für sie hat. Die künstliche Schranke, die die Führer der 2. und 2½ Internationale zwischen den russischen und westeuropäischen Arbeitern aufzurichten bestrebt sind, ist endlich durchbrochen.

Gewiß, der Terror in Ungarn und in Jugoslavien, der spricht eine gar zu deutliche und blutige Sprache und hat auch die Austromarxisten gelehrt, daß ein Horthy keinen Unterschied zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten macht. Auch ihnen dämmert die Erkenntnis, was ihrer in Westeuropa nach einem Sturz der Sowjetregierung harrt. Aber der Schwung, die Initiative, die Begeisterung, mit dem das Hilfswerk für die russischen Hungergebiete in Westeuropa in Angriff genommen wurde, sie sind den Massen, und nur den Massen zu danken. An 10 Millionen Mark beträgt bis heute die Sammlung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Die vom Auslandshilfskomitee erfaßten Spenden der verschiedenen kleineren, vorwiegend kommunistischen Organisationen, weisen einen noch größeren Betrag auf. Rührend und erhebend zugleich ist es, wie umfassend das Hilfswerk in allen Ländern in Angriff genommen wurde, wie selbst die Aermsten der Proletarier, die wirtschaftlich so verelendeten Arbeiter Oesterreichs z. B. ihr letztes Schärflein für das Hilfswerk spendeten.

Und doch, so anerkannt diese proletarische Solidarität werden muß, wir dürfen uns nicht der Hoffnung hingeben, als ob damit Sowjetrußland außer Gefahr gebracht, als ob es so gerettet werden könnte. Die Opferbereitschaft der internationalen Arbeiter muß vielmehr ein neuer Ansporn sein, nicht zu erlahmen, um das Hilfswerk immer besser, immer umfassender auszugestalten, aber zugleich auch den revolutionären Pflichten nachzukommen, die wir unseren russischen Brüdern gegenüber zu erfüllen haben.

Hier muß uns das Beispiel der Arbeiter und Bauern Rußlands voranleuchten, die durch vierjährigen Bürgerkrieg heute wieder Wunder an Tatkraft und Energie vollbringen. Ja, es scheint geradezu, daß diese Proletarier, je schwerere Schläge auf sie niederprasseln, um so zäher, um so erbitterter den Kampf aufzunehmen gewillt sind. Nicht zu tatenloser Apathie, nicht zum geduldigen Abwarten hat die Hungerkatastrophe das russische Proletariat niedergedrückt, sondern im Gegenteil den eisernen Willen in ihm gestählt, die Kräfte zu verzehnfachen, um an der Hungerfront ebenso siegreich bleiben zu können, wie gegen die weißen Mordbanden.

Diese Tatsache gibt auch die Lösung zu jenem Rätsel, daß heute die westeuropäischen Arbeiter inniger und wärmer für Sowjetrußland eintreten, als in jenen glücklicheren Tagen, da die Sowjetregierung viel günstiger stand. Die Arbeiter sind eben nicht jene Krämerseelen, als die sie Kautsky und Konsorten hinstellen möchten. Kautsky verkündete triumphierend, daß nunmehr der Bolschewismus jede Anziehung auf die westeuropäischen Arbeiter verlieren müsse, daß das russische Elend die Arbeiter von allen Illusionen über das russische Paradies befreien und sie hindern werde, den Anschluß an Moskau zu suchen. Doch das Proletariat wäre nicht jene junge und aufstrebende Klasse, die es ist, wenn es nicht etwas hätte, was ihm den unüberwindlichen Panzer gibt, etwas, was alelrdings weder ein Kautsky noch alle, die im Lager der Kleinbürger stehen, begreifen können: Revolutionären Idealismus. Gerade die schweren Schläge, gerade die Not und das Elend, das die russischen Arbeiter zu durchmessen haben, werden die kampfgewillten und klassenbewußten Elemente der Arbeiterschaft nur um so fester zusammenschweißen, ihnen nur um so deutlicher den Weg weisen, den sie zu gehen haben.

Die im Rahmen der Hilfsaktion für Sowjetrußland erstehende Einheit des klassenbewußten Proletariats muß über die Notwendigkeiten der Stunde hinaus zu einer Stärkung und Sammlung aller revolutionären Kräfte führen. Was bisher geschehen ist, ist ein vielversprechender Anfang.

Internationale

Deutschland:

Organisation und Presse der KPD.

Von H. E.

Kurz nach der Verschmelzung der KPD. (Spartakusbund) mit dem linken Flügel der USPD. auf dem Gründungsparteitage der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1920 war eine genaue Erfassung der Stärke der Partei nicht möglich. In den ersten Monaten begnügte man sich mit Schätzungen, die vielfach übertrieben ausfielen. Obgleich siech die Arbeiter der USP. in ihrer Mehrzahl für die Kommunistische Internationale entschieden, blieb doch in den wichtigsten Bezirken der organisatorische Apparat in den Händen der alten USP.

Nach der Märzaktion, die nicht nur politische, sondern auch organisatorische Schwächen der VKPD. enthüllte, ging die Partei mit aller Energie an den Aufbau der Organisation heran. Zum Jenaer Parteitag der KPD. wurde eine sorgfältige Erfassung der Mitglieder auf Grund der abgerechneten Mitgliedsbeiträge vorgenommen. Danach zählt heute die Partei rund 361 000 Mitglieder. Die wichtigsten Bezirke sind: Berlin-Brandenburg mit 26 000 Mitgliedern, Erzgebirge (Chemnitz) mit 24 000, Halle-Merseburg mti 66 000, Thüringen mit 23 000, Wasserkante (Hamburg) mit 40 000, Rheinland-Westfalen mit 53 000 Mitgliedern.

Die Abonnentenzahl der Kommunistischen Presse beträgt rund 230 000. Die Zahl der Abonnenten ist also geringer als die Zahl der Parteimitglieder, was den Beweis dafür bildet, daß der Charakter der Parteipresse noch viel zu wenig auf die Bedürfnisse der breiten Massen eingestellt ist. In der letzten Zeit bemüht sich die Presse, ihren Vereinscharakter durch breiteste Erörterung der allgemeinen Arbeiterfragen abzustreifen. Die Partei besaß am 1. Juli 33 Tageszeitungen, von denen 11 Kopfblätter waren. In 11 Orten besitzt die Partei eigene Druckereien; in kurzem werden vier weitere dazu treten.

Die Partei ist organisatorisch in 28 Bezirke gegliedert, die zur Erledigung der laufenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten auf ihren Bezirksparteitagen eine Bezirksleitung und einen erweiterten Bezirksausschuß wählen. Die Ortsvereine gliedern sich in kleine Gruppen (von je 10 Parteigenossen). In den meisten Bezirken erfolgt die Kassierung der Beiträge, die Sammlung von Zeitungsabonenten, das Austragen der Flugblätter, die ständige Beobachtung des konterrevolutionären Gegners usw. durch diese Zehnergruppen. Trotz des straffen Zentralismus ruht daher die ganze Parteiarbeit auf der breiten Basis der gesamten Mitgliedschaft. Alle Funktionäre, auch die berufsmäßig für die Partei tätigen, unterliegen in kurzen Abständen immer wieder der Neuwahl bezw. der Bestätigung durch die Mitgliederversammlungen und Bezirkskonferenzen.

Tschechoslowakei:

Die tschechoslowakischen Arbeiter für die Rote Gewerkschaftsinternationale.

D. In der Tschechoslowakei bestand bisher ein Mißverhältnis zwischen der Stärke der Kommunistischen Partei und ihrem Einfluß auf die Gewerkschaften. Während die Mehrheit der politisch organisierten Arbeiter den kommunistischen Parteien angeschlossen war, besaß die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie eine fast unbeschränkte Macht in den Gewerkschaften. Der Einfluß der Kommunisten war ein sehr geringer. Dies zeigte sich auch bei dem Gewerkschaftskongreß in Moskau, wo das tschechoslowakische Proletariat nur sehr schwach vertreten war.

Nach dem Kongreß scheint nun die Eroberung der Gewerkschaften durch die Kommunisten mit raschen Schritten vorwärts zu gehen. Am 18. September fand in Brünn eine Konferenz der mährischen Gewerkschaften statt. Mähren ist gegenwärtig die Hochburg des Kommunismus in der Tschechoslowakei. Diese Tatsache fand auf der Konferenz eine neue Bestätigung. Eine Resolution, die vom Sekretär der Prager Gewerkschaftszentrale eingebracht worden war, fand nur die Zustimmung von 8 der anwesenden 468 Delegierten. Dagegen wurde einstimmig beschlossen, daß die Gewerkschaften sofort aus dem Verband der Amsterdamer Internationale auszutreten und sich der Roten Gewerkschaftsinternationale anzuschließen haben. Desgleichen wurde beschlossen, der bisherigen nationalen Teilung der Gewerkschaften in deutsche und tschechische ein Ende zu machen und sich zu einheitlichen internationalen Zentralverbänden zusammenzuschließen. Am Schluß der Konferenz wurde eine Landesgewerkschaftskommission gewählt, die durchweg aus Kommunisten besteht.

Unsere Probleme

An die Massen heran!

Von Bela Khun, Moskau.

Die Ansichten über die Einschätzung des revolutionären Momentes auf dem 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale konnten noch so verschieden sein, blieben auch Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, auf welche Weise die erdrückende Mehrheit des Proletariats ehestens und am sichersten für die Idee des Kommunismus gewonnen werden könnte, darin kann es jedoch nicht einmal den Schein von Meinungsverschiedenheiten unter Kommunisten geben, daß die aktuelle, keinen Aufschub duldende Aufgabe der Partei ist: **Das Herankommen an die breiten großen Massen der Arbeiterklasse.**

Derjenige, dem diese Zielbestimmung Neues oder gar eine Entfernung von den alten Prinzipien der Kommunistischen Internationale, vom Bolschewismus bedeutet — mag er nach rechts schwanken oder sich nach links neigen — verstand bisher nicht die grundlegende Satzung der kommunistischen Taktik.

Was bedeutet die Parole des 3. Kongresses: „Heran an die Massen"!

Erstens: Die einfache Feststellung der Tatsache: die Kommunisten bilden heute noch die **Minderheit** nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der politisch und wirtschaftlich organisierten Massen der Arbeiterschaft.

Zweitens: Daß die Kommunisten nicht von einer nur in den Köpfen herumspukenden abstrakten Idee ausgehen und der Meinung sind, daß die Arbeiter für die **Revolution** notwendig sind, sondern die Kommunisten wissen, daß **die Arbeiter die Revolution benötigen.**

Drittens: Daß die kommunistische Partei nur dann einen Vortrupp im Kampfe bildet, wenn sie hinter sich einen Haupttrupp hat. Diese Haupttruppe, die im revolutionären Kampfe entscheiden wird, ist die Masse, die Mehrheit der Arbeiterklasse.

Gerade darum, weil die kommunistischen Parteien voll revolutionären Wollens sind, gerade darum, weil sie die Situation als objektiv revolutionär betrachten entstand die durch den Kongreß gegebene Parole:

„An die Massen heran!"

Die Feststellung der Tatsache, daß die Kommunisten heutzutage nur die Minderheit, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der organisierten Arbeiterschichten bilden, bedeutet, daß ein ausdauernder, energischer Kampf gegen alle Formen des kleinbürgerlichen Opportunismus nottut, der sich in der Arbeiterklasse durchsetzt. Keine einzige Lebensäußerung des Proletariats darf den kommunistischen Parteien gleichgültig bleiben. Das entwickeltere Klassenbewußtsein, die kommunistische Aufklärung kann nicht die Grundlage einer Auffassung bilden, die die an Klassenbewußtsein ärmeren, die Unentwickelteren gering schätzt.

Diese Geringschätzung konnte nur der charakteristische Zug der u. a. auch die Arbeiteraristokratie vertretenden sozialdemokratischen Parteien und der zunftmäßig geschlossenen Gewerkschaften sein, aber nicht der kommunistischen Parteien, die gerade die Aufgabe haben, in die tiefsten Tiefen der Arbeiterklasse hinunterzudringen und jede lebende revolutionäre Kraft an die Oberfläche und zur Geltung zu bringen.

Die Feststellung der Tatsache, daß wir die Minderheit sind, bedeutet nicht, daß wir „der Revolution entsagen", wie dies Friedrich Adler und Hermann Gorter in vorzüglichem Einvernehmen feststellen, sondern nur die Notwendigkeit einer revolutionären Zielsetzung. Diese Zielsetzung ist: Die Gewinnung der Mehrheit der Massen, der Mehrheit der Klasse für die Ideen des Kommunismus. Eine jede Lebensäußerung der Massen kann aber den Kommunisten auch aus dem Grunde nicht gleichgültig sein, da ja die revolutionären Marxisten nie behaupten, daß die Revolution ein in den Wolken schwebendes Etwas sei, womit die Arbeiterklasse verbunden werden müsse, damit es auf die Erde herunterkomme. Sie verkündete nie: „Im Anfang war das Wort!", dem die Arbeiterklasse eben nur im Prozesse des „Zurtatwerdens" behilflich sein muß. Im Gegenteil! Am Anfange war die Arbeiterschaft, die großen Massen der Arbeiterschaft, die sich nähren muß — nicht nur mit Worten, sondern mit Brot, Fleisch und anderen guten irdischen Dingen. Richtiger gesagt, sie würden sich mit all diesem nähren, wenn der elende Arbeitslohn, den die kapitalistischen Ausbeuter noch mehr stutzen und herabdrücken wollen, hierzu langen würde. Nicht nur, daß alle sozialen Reformen, die sich anmaßen, die Lage der Massen zu verbessern, Bankrott erlitten, es wird auch immer mehr klar, daß jene, die die Reformen als eine Erlösung der Arbeiterklasse verkünden — die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbürokratie — selber diese Reformen nicht ernst nehmen und bei dem kleinsten Widerstand der Bourgeoisie nicht geneigt sind, einen Kampf für diese Reformen einzuleiten.

Die Arbeiterklasse ist es daher, die die Revolution braucht. Dies können wir am besten dadurch beweisen, wenn wir bei einer jeden Erscheinung ihres Lebens, ihres Wollens und Strebens dabei sind. Wenn wir dabei sind, wenn sich die Arbeiterklasse gegen die Lohndrückung wehrt, wenn wir mit ihr sind, wenn man die herabgedrückten Löhne durch neue Steuern noch mehr stutzen will, wenn wir sie zum Kampfe aufmuntern, wenn sie mutlos wird, wenn sie ihre Tagesinteressen gerade von denen verraten sieht, die verkünden, daß die Arbeiter nur um diese Tagesinteressen zu kämpfen haben.

Es ist gleichgültig, was die Massen in Bewegung bringt. Gerade darum, weil ein jeder Vorstoß der Massen heutzutage auf die Mauern des Kapitalismus stößt. Es wäre aber nicht gleichgültig, wenn die kommunistische Partei nicht bei **einem jeden Vorstoß der Massen** dabei wäre, wenn sie sich den sich regenden Massen fernhalten würde.

Der Vortrupp kann in den Vorhutgefechten siegreich bleiben, der entscheidende Kampf kann aber nur durch das Gros der Truppen, durch die Masse siegreich ausgefochten werden.

Die Parole: „An die Massen heran!" bedeutet eben, daß die Kommunistische Internationale keinen Grund hat, jene ihre Auffassung, daß wir im Zeitalter der sozialen Revolution leben, zu revidieren. Im Gegenteil!

Das Resultat der Verwirklichung der Parole kann nur die **Entscheidung des langen Kampfprozesses**, die Sicherung des Sieges der Revolution werden.

Ueber den Charakter unserer Zeitungen.

In der Resolution des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über die Organisationsfrage behandelt ein spezielles Kapitel die Frage über unsere kommunistischen Zeitungen. In diesem Zirkularbrief macht das EKKI. sich zur Aufgabe, diese Resolution zu vervollständigen.

In unserer Agtitation spielen die Zeitungen die Hauptrolle, insbesondere in jenen Ländern, wo unsere Partei bereits eine oder mehrere tägliche Zeitungen besitzt. Trotzdem sind unsere Organe bis jetzt noch sehr unzufriedenstelleng. Schufen wir denn in Europa und Amerika einen **neuen Typus** der kommunistischen Zeitung? Eine solche Frage ist unbedingt verneinend zu beantworten. Größtenteils sind unsere Zeitungen ihrem äußeren Ansehen nach und nach der Art ihrer Leitung besonders den alten sozialdemokratischen Zeitungen ähnlich, nur mit dem einzigen Unterschiede, daß wir uns bemühen, einen anderen „Standpunkt" zu vertreten. Aber dies ist herzlich wenig. Wir müssen einen **neuen Typus** eines kommunistischen Organs gründen, dessen hauptsächlichste Mitarbeiter die Arbeiter sind, und welches mit der Zunahme der Arbeiterbewegung wächst.

Betrachtet aufmerksam unsere wichtigsten Tagesorgane: „L'Humanité", „L'Internationale", „Ordine Nuovo", „Politiken", „Rabotnitscheski", „Westnik" und sogar die „Rote Fahne". Enthalten sie denn viele Briefe von Arbeitern, sind sie denn wirklich Volkszeitungen im besten Sinne des Wortes, spürt man denn in denselben den Pulsschlag des echten Arbeiterlebens?

Die Resolution des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale über die Organisationsfrage führt als klassisches Muster einer echten proletarischen Zeitung die Zeitung unserer russischen Genossen „Prawda" an, wie sie in den Jahren 1911 bis 1913 und wie sie in der Zwischenzeit zwischen der Februar- und Oktoberrevolution redigiert wurde. Wodurch war damals die Zeitung stark? Vor allem und größtenteils dadurch, daß sie nicht weniger als die Hälfte ihrer Spalten den Briefen der Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Fabriken und Werkstätten zur Verfügung stellte. Dies war eben ein besonderer Typus einer kommunistischen Zeitung. Die „Prawda" hatte Funktionen, die keine andere russische Zeitung ausübte. Wenigstens die Hälfte der Zeitung unterschied sich entschieden von allen **anderen bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen**, sogar dem äußeren Ansehen nach. Diese Hälfte der Zeitung war ausnahmslos von Arbeitern, Arbeiterinnen, Soldaten, Matrosen, Köchinnen, Droschkenkutschern, Friseuren usw. geschrieben.

Was behandelten diese Briefe sowohl der qualifizierten Arbeiter, als auch der sogenannten Schwarzarbeiter? Diese Briefe schilderten das Leben und Treiben der betreffenden Fabrik, der betreffenden Werkstätte, der betreffenden Kaserne oder des betreffenden Fabrikviertels. In schlichten Worten wurden alle jene Qualen und Beschimpfungen geschildert, die die Werktätigen erleiden. In diesen Briefen wurde auch die Tätigkeit der

Fabrikverwaltung usw. enthüllt. Aber alle diese Briefe zusammen ergaben eine Vorstellung über die Leiden und die Armut, die die Arbeitermassen zu erdulden haben. Diese Briefe spiegelten am besten jenen angesammelten und allmählich angewachsenen Protest wider, welcher nachher in die gewaltige, große Revolution umschlug. Die Zeitung wurde die Lehrerin der Arbeitermassen. Die Arbeiter selbst nahmen an derselben tätigen Anteil. Die Zeitung wurde zum Hausfreund in jeder Arbeiterhütte, in jeder proletarischen Wohnung, an jedem Werktisch, in jedem Arbeiterwirtshause usw. Kaum erschien ein Brief aus irgendeiner Fabrik oder irgendeiner Kaserne, so wurde am nächsten Tage die Zeitung aus den Händen gerissen gerade in der betreffenden Fabrik oder in der betreffenden Kaserne. Die Arbeiter gewöhnten sich, diese Korrespondenz zu lesen. Die Aufnahme irgendeines Briefes der betreffenden Fabrik wurde zum großen Ereignis der ganzen Fabrik. Die betreffenden Enthüllung wurde von Parteilosen und Parteiangehörigen gelesen. Die Zeitung wurde zum Warnungszeichen für diejenigen, die die Arbeiter kränken und für die ganze „Leitung".

Aber man sagt, daß es im Westen schwierig oder fast unmöglich ist, solche Briefe aufzunehmen. Manche Genossen behaupten, daß in den Ländern der alten Arbeiterbewegung solche Beschwerden an die Gewerkschaften gerichtet werden. In Deutschland z. B. ist der Arbeiter gewöhnt, alle Ungerechtigkeiten seinem Vertrauensmann in der betreffenden Gewerkschaft mitzuteilen. Gewiß, der Arbeiter im Westen ist an sich manches gewöhnt; gewiß, so manches ist schwierig. Wir müssen dies alles unbedingt umformen. Wir wiederholen, daß wir einen neuen Typus der proletarischen Zeitung schaffen wollen. Eine kommunistische Tageszeitung darf keinesfalls sich nur mit der sogenannten „hohen Politik" befassen, im Gegenteil, dreiviertel derselben müssen dem Leben und Treiben der Arbeiter gewidmet sein, gerade jenem täglichen Treiben, aus welchem das Leben des Arbeiters sich zusammensetzt. Gerade deswegen, weil die Arbeiter gewöhnt waren, die obengenannten Beschwerden den alten Gewerkschaften zu übergeben, welche bekanntlich größtenteils in den Händen der reformistischen Agenten des Kapitals sich befinden, gerade deswegen müssen wir Kommunisten unbedingt trachten, daß solches Material in unserer kommunistischen Tageszeitung gesammelt wird. Dies wird unter anderem das beste Mittel sein, der gewerkschaftlichen Bürokratie den Boden unter den Füßen zu entreißen. Unsere Tageszeitungen müssen die wahren Schulen des Kommunismus sein, sie sollen nicht nur dem politischen Kampf der Arbeiter, sondern auch ihrem wirtschaftlichem Kampf dienen.

Unsere Zeitungen müssen mit reichen bürgerlichen und anderen Zeitungen konkurrieren. Wir müssen eine gute und reichhaltige Information geben. Es ist notwendig, daß auch bei uns das Material so angeordnet wird, daß es in die Augen fällt. Es ist notwendig daß in einer Kolonne an der Spitze in einigen Worten alles gesagt wird, worin der Inhalt der ganzen Zeitungsnummer besteht. Wir müssen systematisch daran denken, was eigentlich den gewöhnlichen Arbeiter zu solchen Zeitungen zieht, wie die „Morgenpost" in Berlin oder „Le Journal" in Frankreich. Wir müssen vieles solchen Zeitungen entnehmen, wie „Daily Herald", welcher danach trachtet, allen Seiten des Lebens der Arbeiter und ihrer Familien zu dienen. Aber gerade deswegen, um erfolgreich mit den bürgerlichen und anderen Zeitungen zu konkurrieren, müssen wir das bringen, was **uns** angeht, was die Bourgeoisie usw. nicht geben kann. **Das sind eben die Briefe der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fabriken, die Briefe der Soldaten usw.**

Ein zweites Argument, das oft gehört wird, besteht darin, der gewöhnliche Arbeiter im Westen sei an das Schreiben nicht gewöhnt. Solche Angelegenheiten werden den Vertrauensleuten übergeben; auch dieses Argument widersteht keiner Kritik, die Arbeiter des Westens stehen auf einer viel höheren Kulturstufe als die russischen Arbeiter vor einigen Jahren. Wenn es seinerzeit in Rußland möglich war, die breiten Arbeitermassen zu gewinnen, in ihren Zeitungen zu schreiben, um so leichter wird dies in anderen Ländern gelingen. Es ist bloß notwendig, daß die Parteien sich dies zur Aufgabe machen und begreifen, daß diese Aufgabe eine äußerst wichtige ist.

Es wird gewiß in der ersten Zeit nicht leicht gehen; die Korrespondenz und die Briefe der Arbeiter werden plump und unzusammenhängend sein. Es wird sich die Notwendigkeit ergeben, in jeder Zeitung (wie dies seinerzeit in der russischen „Prawda" war) eine besondere Abteilung einzurichten, in welcher eine besondere Gruppe von Genossen die Briefe der Arbeiter korrigieren wird. Es wird im Anfang notwendig sein, die Arbeiter zu ermutigen, ihnen zu helfen, nach ihrem Diktat oder nach ihrer Erzählung zu notieren. Es wird notwendig sein, viele Briefe, die die Arbeiter einsenden, umzuarbeiten, aber diese Arbeit ist der Mühe wert.

Unsere heutigen Zeitungen sind viel zu trocken, erinnern allzusehr an die Zeitungen alten Typus. Es ist viel darin, was nur den professionellen Politiker interessiert, und zu wenig darin, was jede Arbeiterin, jeder Knecht, jede Köchin, jeder Soldat lesen würde. Es sind viele „gelehrte" ausländische Wörter, es sind zu viele lange und trockene Artikel. Wir streben allzusehr, es so zu haben, wie die „anständigen" Zeitungen. Dies alles muß geändert werden.

Um systematisch die betreffende Verbesserung durchzuführen, ist es notwendig, in jedem größeren Unternehmen, in jeder Werkstatt, in jedem Bergwerk, an jeder Eisenbahnlinie eine Reihe von Mitarbeitern zu schaffen. Es ist notwendig, diese Arbeiterkreise zu sammeln, es ist notwendig, sie geduldig und systematisch zu unterrichten, wie sie in ihren Zeitungen zu schreiben haben; es ist notwendig, periodisch den Charakter der Zeitung mit ihnen zu studieren und aufmerksam jene praktischen Angaben anzuhören, die sie vorbringen.

Wir müssen einen neuen **kommunistischen Berichterstatter** schaffen. Wir müssen uns weniger dafür interessieren, was in den Vorhallen der Parlamente geschieht, als vielmehr auf die Fabriken, Werkstätten, Arbeiterwohnungen, Arbeiterschulen usw. unsere Aufmerksamkeit lenken. Es soll weniger über Parlamentsgerede berichtet werden, als über Arbeiterversammlungen, über Bedürfnisse der Arbeiter, über die steigenden Kosten des Lebensunterhalts usw.

Die „Prawda" hat in ihren Spalten viele Gedichte von Arbeitern gedruckt. Diese Gedichte waren vom Standpunkt der patentierten literarischen Kritiker nicht auf der Höhe, aber sie gaben bedeutend besser die wahre Stimmung der Arbeitermassen wieder, als so mancher lange Artikel. Der gewöhnliche Arbeiter schätzt insbesondere einen gelungenen Ausdruck, einen verdienten beißenden Spott über den Gegner. Eine gute Karikatur, die richtig ins Ziel schlägt, ist bedeutend besser, als ein Dutzend schwerer, sogenannter „marxistischer", langweiliger Artikel. Unsere Zeitungen müssen sorgfältig Leute suchen, welche es verstehen, mit dem Bleistift in der Hand der proletarischen Revolution zu dienen. Man muß öfter Zeichnungen, Karikaturen bringen, welche oft die Zeitungsnummer beleben und in der allergewöhnlichsten Form das erklären, was zu erklären ist. Es ist notwendig, von Zeit zu Zeit Arbeitererzählungen zu drucken, den das, was in belletristischer und halbbelletristischer Form geschrieben wird, ist der Arbeitermasse am leichtesten zugänglich und wird von derselben gern gelesen. Wir können und müssen oft statt des obligaten Leitartikels den einen oder den anderen wichtigen Brief eines Arbeiters oder einer Arbeitergruppe, einer bestimmten Fabrik oder Werkstatt oder das Bild eines verhafteten Arbeiters bringen, oder eines durch die bürgerlichen Richter verurteilten Proletariers, welcher sich beim Prozeßverfahren besonders standhaft gehalten hat usw.

So wenig als möglich Abschweifungen, so viel als möglich Konkretes: das ist es, was wir bei den jetzigen Verhältnissen benötigen. Jedes Ereignis auf der Fabrik oder in der Werkstatt muß seinen Widerhall in den Spalten unserer Zeitung finden. Jede Kandidatenliste des Gegners muß bis in die kleinsten Details untersucht werden. Alle Phasen des Kampfes in der Fabrik müssen in der Zeitung systematisch beleuchtet werden. Unser Kampf gegen die politischen Gegner, vom offenen Bourgeois begonnen und endigend mit den „unabhängigen" Sozialisten, muß viel konkreter, viel lebhafter und leidenschaftlicher, weniger schablonenmäßig sein, als es bisher war. Mit einem Wort, wir müssen nicht danach streben, daß bei uns alles so ist, wie „in den besten Häusern", sondern unser Streben soll dahin gehen, neben einer erstklassigen Information, die notwendig ist, ein solches Material zu geben, welches aus jedem Zentralorgan unserer Partei eine für jeden Arbeiter verständliche und für alle Parteigenossen wie auch parteilosen Proletarier eine leicht zugängliche und beliebte Zeitung schafft.

Indem wir in diesem Sinne den Charakter unserer Zeitungen ändern, werden wir auch deren finanzielle Basis ändern können, werden wir die Zeitung als Verbindungsglied mit den Massen verwenden können. Wenn es uns gelingen wird, die Zeitung in diesem Geiste zu schaffen, wird es uns leicht gelingen, das zu erreichen, was die „Prawda" während der Zeit des Zarismus in Rußland erreicht hat: wir werden erreichen, daß die Arbeiter durch die Sammlung minimaler Summen den Fonds bilden werden, der zur Herausgabe unserer Zeitungen notwendig ist. Indem wir den Charakter unserer Zeitungen verändern, werden wir unter den Arbeitern einen Wettbewerb veranstalten können, um Mittel für ihre Zeitungen zu schaffen. Die Arbeitergruppe und Freunde der betreffenden kommunistischen Zeitung werden wie Pilze aus dem Boden wachsen. Deren Sammlungen werden ein Mittel spezieller Agitation bilden — über jede Sammlung werden die Zeitungen berichten. Kaum wird in irgendeiner Fabrik eine Gruppe unserer Führer verhaftet, und schon werden

in benachbarten Fabriken Gelder für die Familie der Inhaftierten gesammelt.

Dies alles wird in den Zeitungen berichtet werden. Ueber jede Arbeiterdemonstration wird in der Zeitung mitgeteilt, aber nicht nach dem alten Muster, sondern in lebhaften Bildern, die womöglich von den Teilnehmern, Arbeitern, selbst und in schlichten Worten über das Ereignis geschrieben werden. Jede Zeitungsnummer, jede Sitzungszeile, wird bei einer solchen Leitung die heilige Verachtung gegen den Kapitalismus stärken und entflammen. Es ist selbstverständlich, daß ein richtiger internationaler Informationsdienst in den kommunistischen Zeitungen die größte Rolle spielen wird, schon deswegen, weil sie international sind. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale organisiert laut Beschluß des 3. Kongresses vom 1. Oktober an eine in vier Sprachen erscheinende Zeitschrift, die als kommunistisches Bulletin für Information in Berlin erscheinen wird. Wir werden alles daransetzen, um für unsere kommunistischen Zeitungen einen gut organisierten, internationalen Informationsdienst einzurichten. Aber dies wird nur dann möglich sein, wenn jede Partei auf diese sehr wichtige Organisation ihre besondere Aufmerksamkeit lenkt und uns die notwendigen Kräfte verschafft.

Eine gut organisierte und gut informierte kommunistische Zeitung, die täglich neue Freunde wirbt; eine Zeitung, welche zur Arbeitertribüne im vollsten Sinne des Wortes wird; eine Zeitung, welche zur proletarischen Sturmglocke wird: eine solche Zeitung wird eine mächtige Waffe im Kampfe der kommunistischen Parteien bilden.

Nun wohlan, Genossen, raffen wir alle Kräfte zusammen, um einen neuen Typus einer solchen **echt proletarischen Zeitung** zu schmieden.

Mit kommunistischem Gruß

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Der Vorsitzende:
Sinowjew.

PS.

Wir ersuchen dringendst alle Redaktionen der kommunistischen Zeitungen, besondere Sitzungen der Mitarbeiter einzuberufen und zu denselben die Arbeiter der größten Fabriken und Werkstätten einzuladen. Wir ersuchen, in diesen Sitzungen das Projekt dieses Zirkularschreibens zu untersuchen und das Resultat dem Exekutivkomitee mitzuteilen.

Wir ersuchen, dieses Projekt auch in den großen Parteikonferenzen der Städte und Bezirke zu besprechen.

Wir sind bereit, in den Spalten unseres Organs, „Die Kommunistische Internationale", die notwendigen Diskussionen dieser Frage zu eröffnen, um durch einen internationalen Meinungsaustausch zu den praktischen und wünschenswerten Veränderungen zu gelangen.

Aus dem Lager der Gegner

Die 2½ Internationale.

Von Franz Koritschoner.

Die 2½-Internationale ist das natürliche Kind der österreichischen Sozialdemokratie. Diese selbst war ihrer ganzen Herkunft nach entstanden auf der Grundlage einer bewußt reformistischen Praxis, drapiert und durchsetzt mit radikalem Phrasengedrechsel. In zielklarer und genialer Weise hatten die Schöpfer des österreichischen „sozialistischen" Staates vor der Masse den wilden Mann possiert, während sie in den Couloirs in traditioneller Weise mit den Ministern des Kaisers paktierten. Die widerlichen Schachergeschäfte in den Säulenhallen des Parlaments wurden schamhaft verhüllt durch den radikalen Appell an die zu revolutionierenden Massen, deren Tatkraft als Motor mißbraucht wurde zur Einschüchterung der Regierung, um sie dazu zu bewegen, politische Handelsgeschäfte abzuschließen. Diese Politik mit wechselndem Erfolg, gegenüber der alten Monarchie angewandt, fand ihre Fortsetzung in der Epoche der „Demokratie".

Die durch ihre Kriegspolitik kompromittierten Sozialpatrioten und Sozialimperialisten, der mitteleuropäische Annexionspolitiker Renner wie Leuthner, der Sozialnationalist, traten aus dem Vordergrund, in den sie sich gedrängt hatten, ein wenig zurück, um hinter den Kulissen wirksamer die Leitung der Dinge übernehmen zu können. Im Vordergrunde aber erklärte Friedrich Adler, des genialen Routiniers und Organisatoren mißratener Sohn, der längst darüber hinaus war, die Parolen, für die er einst im Kampfe gestanden, ernst zu nehmen, durch seinen Namen, durch seine revolutionäre Vergangenheit geschützt, die oppositionellen Politik von heute. Adlers Programm, die Vereinigung aller proletarischen Parteien auf einer gemeinsamen Plattform, unter welch wohlklingender Phrase sich die geplante Verbrüderung der Zentristen mit den Sozialpatrioten verbirgt, ist vorgezeichnet in der österrreichischen Politik. Unter Adlers Vorsitz und unter der scheinbaren Führung seines engeren Kreises zieht die Partei in den Kampf, um Renners politisches Programm zu verwirklichen, die Koalition mit der Bourgeoisie, den Wiederaufbau Oesterreichs im Anschluß an die Politik der Entente, während man mit der deutschen Vereinigungsparole kokettierte. Das bedeutet in der Praxis: die Unterwerfung unter den Willen der fremden und heimischen Kapitalisten. Wahrlich, die österreichische Partei hat das Programm der 2½-Internationale in nationalem Maßstabe verwirklicht. Die Vereinigung der Zentristen und Sozialpatrioten ohne vorhergegangene organisatorische Spaltung muß bekräftigt und gestärkt werden. Während die Bourgeoisie die Offensive eröffnet, den Achtstundentag durchbricht, kommunistische Betriebsräte aus den Fabriken jagt, während die Polizeitruppen offen und rücksichtslos auf die Seite der monarchistischen Verschwörer treten, die, längst die Schlupfwinkel ihrer Illegalität verlassend, auf freiem Felde den Arbeitern gegenübertreten, predigen die Sozialdemokraten die Politik der Defensive um jeden Preis, die Wahrung der republikanischen Wehrmacht und die Erhaltung der demokratischen Errungenschaften. Doch selbst diese geringfügigen Ergebnisse der Revolution müssen erst durch energisches Eingreifen der Arbeitermassen erhalten und befestigt werden.

Julius Deutsch, der östereichische Noske ohne Waffen, hat in klassischer Weise den Verrat der Sozialdemokratie vor aller Welt bekannt. Die Sozialdemokratie ist es gewesen, die während des Krieges, den Imperialismus unterstützend, grundlegende Voraussetzungen für die Erhaltung des Habsburger Staates zu finden suchte, die später mit der angeblich von ihr geschaffenen Organisation an den Ausbau der Volkwehr ging, nicht um die Macht des Proletariats zu begründen, sondern um dieselbe zu unterbinden und um das Reich der Bourgeoisie, die Republik der Finanzaristokratie, aufzurichten.

Während man von Sozialisierung faselte, deren letzten schäbige Reste nun durch die Vergebung der Wullersdorfer Munitionsfabriken an eine neu zu gründende Aktiengesellschaft endgültig begraben werden, rüstete die Bourgeoisie zu energischem Gegenstoß. Während die Sozialdemokraten die Massen zurückhielten, mit dem Hinweise auf die Existenz einer proletarischen Wehrmacht, schuf die Bourgeoisie sich ihren eignen bewaffneten Heerbann. Die Politik des Reformismus hat Bankrott erlitten.

Gerüstet stehen sich die beiden Heerlager gegenüber. Die wirtschaftlichen Tatsachen haben sich als stärker erwiesen als die demokratischen Illusionen der sozialdemokratischen Führer. Die Politik der 2. Internationale, die Politik des kapitalistischen Wiederaufbaus wird den von den Noskewitern abgestoßenen Massen mundgerecht gemacht durch die mit großer Gelehrsamkeit verbrämten vulgär-demokratischen Gemeinplätze, des Sozialpazifismus und des Klassenfriedens, unterbrochen von zusammenhanglosen Bekenntnisformeln zur Aufrechterhaltung des Klassenkampfes. Die Vereinigung der 2. und 2½. Internationale unter der **Führung** der alten **sozialimperialistischen** Demagogen, unter dem **Banner** der **zentristischen Ideologie** geht vor sich. Der innere Zusammenbruch der 2. Internationale wird auch die Deserteure des Sozialimperialismus mit in ihren Bankrott hineinreißen und unter ihren Trümmern begraben.

Otto-Suhr-Institut

Die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands gegen die Kommunistsche Internationale.

Von E.

Infolge der Debatten auf dem 2. und 3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale ist auch außerhalb Deutschlands das Interesse für die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands (KAP.) größer, als es der Bedeutung dieser Partei entspricht. Die KAP. trennte sich im Herbst 1919 von der KPD. (Spartakusbund), weil sie den Antiparlamentarismus und die Verneinung der Mitarbeit in den Gewerkschaften zum Prinzip erheben wollte. Diese anarchistischen und syndikalistischen Tendenzen der KAP. haben sich im Laufe ihrer Entwicklung immer mehr verstärkt. In allen übrigen politischen Fragen zeigte die KAP. die stärksten Schwankungen. Der Nationalbolschewismus von Laufenberg und Wolffheim wurde ziemlich rasch überwunden; beide KAP.-Führer in Hamburg wurden aus der KAP. ausgeschlossen. Auch die absolute Verneinung jeder politischen Partei fand nur vorübergehend Boden unter den Mitgliedern der KAP. Die beiden Führer dieser Strömung, Pfemfert und Rühle, wurden ebenfalls von der KAP. abgestoßen. Ein klares politisches Programm hat die KAP., abgesehen von dem Antiparlamentarismus und von der Verneinung der Gewerkschaftsarbeit, nicht entwickeln können. Die Praxis schwankte zwischen ausgesprochenem Putschismus und reiner Passivität. Die Organisationsform wurde bestimt durch das Bestreben, eine kleine Zahl „reiner" Kommunisten zu sammeln. Zuweilen herrschte indessen in der KAP. die Neigung möglichst viele Arbeiter ohne Bindung an ein bestimmtes Programm, nur auf Grund einer formellen Anerkennung der Diktatur des Proletariats, in die KAP. hineinzuziehen. Widerspruchsvoll und schwankend war auch das Verhalten zu Sowjetrußland. Die ursprüngliche Neigung, die Organisationsformen Rußlands (Rätesystem) schematisch auf die noch kapitalistischen Verhältnisse Deutschlands zu übertragen und die revolutionären Methoden der russischen Arbeiter und Bauern ohne Rücksicht auf den Stand der revolutionären Entwicklung in Deutschland einfach nachzuahmen, ist mehr und mehr einer bewußten Ablehnung der „russischen", „osteuropäischen Methoden" der Weltrevolution gewichen. Damit ist an Stelle einer früheren blinden Begeisterung (Jungs Broschüre über Rußland!) eine antibolschewistische Haltung getreten. Diese Stellungnahme trat am deutlichsten hervor in der Ablehnung der Unterstützung der Hilfsaktion für das hungernde Rußland mit der Begründung, Sowjetrußland sei ein kleinbürgerlicher, konterrevolutionärer Staat.

Auf dem letzten Parteitag der KAPD., der Mitte September in Berlin stattfand, ist der Austritt der KAP. aus der Kommunistischen Internationale beschlossen worden. Die KAP. gehörte der Kommunistischen Internationale als sympathisierendes Mitglied an. Die Forderung des Dritten Weltkongresses der KI. an die KAP., sich allen Beschlüssen der Internationale zu fügen und sich mit der KPD. zu verschmelzen, ist auf diesem Parteitag einstimmig abgelehnt worden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die neben Berlin wichtigste Organisation der KAPD. in Dresden (Ostsachsen) bereits vorher aus der KAPD. ausgetreten war und daher an dem Parteitag nicht teilnehmen konnte. Kurz vor dem Parteitag hat das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wegen der konterrevolutionären Haltung der Führer die Beziehungen zur KAPD. abgebrochen und erklärt, daß, solange diese Führer nicht von ihrem Posten entfernt worden sind, eine Verschmelzung mit der KPD. nicht stattfinden könne. Demzufolge ließ sich das Exekutivkomitee auf dem Parteitag nicht vertreten. Der Parteitag der KAP. beschloß, vorbereitende Schritte zur Gründung einer neuen Arbeiterinternationale zu unternehmen. Die KAP. hofft, Gesinnungsgenossen in den Reihen der Syndikalisten im Auslande zu gewinnen, um im internationalen Maßstabe den Kampf gegen die KI. aufzunehmen.

Die KAP. ist zahlenmäßig außerordentlich schwach. Sie umfaßte nach der Spaltung vom Spartakusbund etwa 40—50 000 Mitglieder, deren größerer Teil nach und nach wieder der KPD. beitrat. Im vergangenen Winter wurde die Mitgliederzahl noch auf rund 8000 Mitglider geschätzt. Heute zählt sie nicht mehr als 2—3000 Mitglieder, die hauptsächlich von der Berliner Organisation gestellt werden. In allen übrigen Städten besitzt die KAP. nur wenige Mitglieder, meist nur einzelne Vertrauensleute, die aber eine sehr rührige Agitation entfalten.

———

Aufrufe der Exekutive

Aufruf

vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale an die amerikanischen Arbeiter.

Der Hunger in den Wolgagouvernements Rußlands rief das Mitgefühl der ehrlichen Arbeiter der ganzen Welt hervor. Die Proletarier aller Länder eilen der Proletarierrepublik zu Hilfe. Die Kommunistische Internationale rief die Arbeiter der ganzen Welt, ohne Unterschied der Partei und Richtung, auf, für die Hunger-Gouvernements Sowjetrußlands Hilfe zu organisieren. Die Arbeiter ganz Europas schaffen zu diesem Zwecke bereits Zentralkomitees, in die die Vertreter aller Parteien, Gewerkschaften, Arbeiterkooperative usw. eintreten. Jetzt wendet sich die Kommunistische Internationale ganz besonders an Euch, amerikanische Arbeiter. Organisiert ein parteiloses Arbeiterhilfskomitee für die Hungernden Sowjetrußlands. Die Pflicht der amerikanischen Arbeiter ist es, daß sie den hungernden russischen Brüdern selbständige Hilfe leisten. Die Form der Hilfe in Rußland ist die: die Abgabe eines eintägigen Arbeitslohnes zugunsten der Hungernden Sowjetrußlands. Alle Geld- und Naturaliensammlungen sind unmittelbar durch die Arbeitervertreter an die Sowjetregierung zu senden. Organisiert überall schleunigst Hilfskomitees für die Hungernden Rußlands. Bleibt nicht hinter den Arbeitern Europas zurück!

Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.

Wir bitten alle Mitfühlenden, diesen Aufruf zu verbreiten.

———

Allen kommunistischen Parteien.

zur Ergänzung unseres Aufrufes und unserer Weisungen in der Hungerfrage.

Das engere Büro der Exekutive der Kommunistischen Internationale faßte folgende Resolution:

„Eine Anzahl von bürgerlichen Regierungen, die am Anfang, wenigstens in Worten, bereit waren, Sowjetrußland zu helfen, fangen jetzt an, ihre gegenrevolutionären interventionistischen Absichten zu äußern. Es stehen damit im Zusammenhange die Schwankungen der verschiedenen Parteien und Gruppen der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale. Die Exekutive besteht darauf, daß wir den genannten Parteien und Gruppen vorschlagen, gemeinsam die Hilfeleistung für Sowjetrußland zu organisieren. Aber die eine Bedingung müssen wir immer aufrechterhalten: diese Hilfeleistung darf keinesfalls durch bürgerliche Regierungen geschehen, sondern durch eine spezielle interparteiische Stelle, die von allen Arbeiterparteien eingesetzt werden sollte."

Der Vorsitzende der Exekutive:
G. Sinowjew.

Mitglieder des engeren Büros der Exekutive:
Souvarine. Bela Kun. Gennari. Radek.
Heckert. Bucharin.

Bemerkung.

Wegen Stoffandrangs, namentlich an Artikeln allgemeinen Inhalts, erscheint diese Nummer stärker, als es sonst für die IPK. vorgesehen ist.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 43